Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Kressin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G.m.b.H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 90. **Halle, Donnerstag den 18. April 1918.** **2. Jahrgang.**

Poelcapelle und Langemarck erobert.

Deutscher Heeresbericht vom 17. April.

Großes Hauptquartier, 17. April.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem blutdurchdrängten Kampffelde der vorjährigen Flanderuschlacht besetzte die Armee des Generals Sixt von Arnim Passchendaele und schob auch bei Beeclaere und Gheluvelt ihre Linien vor. Nördlich von der Lys erstürmten die Truppen des Generals Sieger in den frühen Morgenstunden das Dorf Wytschaete, warfen den Feind trotz heftiger Gegenwehr von den Höhen nordöstlich und westlich vom Orte und wiesen starke Gegenangriffe ab. Den südwestlich von Wulverghem in rückwärtige Linie ausweichenden Gegner drängten wir über den Douve-Bach zurück.

Bailleul und die zäh verteidigten Stützpunkte Cappelynde nördlich von Bailleul und Meteren wurden genommen. Mit starkem Kräfteeinsatz versuchte der Engländer, gestützt durch Franzosen, vergeblich Meteren und das verlorene Gelände beiderseits von Merris zurückzuerobern. Seine Angriffe brachen unter schwersten Verlusten zusammen.

Auf dem Schlachtfelde zu beiden Seiten der Somme entspannen sich heftige Feuerkämpfe, die auch während der [illegible]

Mazedonische Front.

In Vorfeldkämpfen in der Struma-Ebene nahmen bulgarische Stoßtruppen 155 Engländer und einige Griechen gefangen.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Der Kampf um den flandrischen Höhenriegel.

(Telegramm unseres Kriegsberichterstatters.)

Westfront, 16. April.

Der Schwerpunkt der Schlacht bei Armentieres lag in den letzten Tagen bei dem rechten Flügel im Angriffsraum zwischen Hazebrouck und Wytschaete. Die dortigen Kämpfe um den Aufstieg der deutschen Truppen auf den flandrischen Höhenriegel nahm auch gestern trotz trüben und stürmischen Wetters, das die Artillerietätigkeit erschwerte und die Fliegeraufklärung unmöglich machte, ihren günstigen Fortgang. Die ersten Stufen des Höhenriegels sind nunmehr auf ziemlich breiter Front in der ungefähren Linie westlich Merris und Le Vaton südlich Meteren und Bailleul, nördlich Neuve Eglise und Wulgerhem in deutscher Hand. Dabei verdienen die schweren Kämpfe westlich Bailleul besondere Beachtung. Während nämlich deutsche Divisionen östlich dieser Stadt sämtliche englische Stellungen durchstoßen haben und in offener Feldschlacht ringen, hält der Engländer sich in Bailleul und westlich von der Stadt mit gewaltiger Widerstandskraft. Vom Ausgangspunkt Warneton zogen sich in nordsüdlicher Richtung vor unserer Front zunächst die erste und zweite feindliche Infanteriestellung, darauf der Messines—Ploegsteertriegel, dahinter die sogenannte Sehnenstellung, endlich zwischen Neuve Eglise und Bailleul die 3. englische Stellung, im ganzen also 5 starke Stellungswälle hin. Alle waren gegen einen Angriff von Osten her orientiert. Um aber auch einen drohenden Angriff von Süden her abweisen zu können, hatte der Gegner zwischen dem Messines—Plegsteert-Riegel in der Sehnenstellung auch noch zwei starke Querriegel gezogen. Um diese sieben Wälle ist in den letzten Tagen erbittert gerungen worden. Dabei bedingte die außerordentlich [illegible], daß jeder Frontalangriff flankiert werden konnte, jeder Aufrollungsversuch der einen Stellung gleichzeitig einen Frontalangriff der andern erforderte. Nachdem gestern der Wulverghemriegel zu beiden Seiten des gleichnamigen wichtigen Straßenkreuzungsdorfes gebrochen und die Höhen zwischen Bailleul und Eglise erstürmt sind, liegt der Hauptteil der englischen Grabenfestung hinter unserer Linie. Doch stützt sich der Gegner hier weiter auf starke natürliche und künstliche Hindernisse, die langwierige Kämpfe erwarten lassen. In ihnen wird die schwere deutsche Artillerie ein gewichtiges Wort zu sprechen haben.

Dr. Ad. Köster, Kriegsberichterstatter.

Die Eroberung von Langemarck.

Mit der Eroberung von Langemarck und Poelcapelle mußten die Engländer den Deutschen zwei Orte überlassen, die sie während der Flandernoffensive im Jahre 1917 unter den schwersten Verlusten und trotz vielfacher Ueberlegenheit an Zahl und Material erst nach wochenlangen Kämpfen erobern konnten. Poelcapelle besetzten die Engländer am 4. Oktober 1917 nach über zweimonatigen blutigen Kämpfen. Lloyd George ließ seinerzeit zur Eroberung von Poelcapelle in London Viktoria läuten, ganz England feierte auf die Meldung Haigs den Feiertag des 4. Oktober als größten Sieg seit der Marneschlacht. Am 17. April 1918 machten die deutschen Waffen diesen englischen Sieg zunichte.

Nordöstlich Arras bis in Gegend Albert

war tagsüber die feindliche Feuertätigkeit lebhaft. Nach Einbruch der Dunkelheit verstärkte sie sich stellenweise und vorübergehend zu größerer Heftigkeit. In dem Raum von Albert wurden mehrfach feindliche Erkundungsvorstöße abgewiesen. Nordwestlich Montdidier und auf der anschließenden Südfront schwoll ebenfalls das Feuer an und verdichtete sich namentlich auf dem westlichen Avreufer wiederholt zu starken Feuerüberfällen. Bei Thery schoß die deusche Artillerie ein feindliches Munitionslager in Brand.

Am Mittag des 16. April war Meteren in umfassenden Angriff genommen. Am Nachmittag setzten 3 starke planmäßige französisch-englische Angriffe mit Tank-Unterstützung ein, um den Deutschen den in Richtung auf Caestre erkämpften Geländegewinn wieder zu entreißen. Unter außerordentlich schweren Verlusten, vor allem der massierten französischen Truppen wurde der Angriff restlos abgewiesen. Auch weiter südlich richtete sich gegen unsere Stellungen beiderseits von Vieux-Berquin 8 Uhr 45 abends nach einstündiger Artillerievorbereitung ein starker feindlicher Angriff. Auch er brach im deutschen Artillerie- und Maschinengewehrfeuer blutig zusammen. Am selben Abend versuchte der Feind nach Artillerievorbereitung und unter Einsatz zahlreicher Schlachtflieger einen Vorstoß gegen unsre Stellungen am Clarencefluß. Während dieser glatt abgeschlagen wurde, hielt unsre Artillerie einen weiteren feindlichen Angriff gegen Locon durch Feuer nieder. Der 16. April ist für Engländer und Franzosen infolge ihrer oft wiederholten und stets vergeblichen Gegenangriffe ein besonders blutiger Tag.

Die französischen Todesbataillone.

Seit dem 21. März verwendet Großbritannien die Franzosen nach der Art, wie seinerzeit die Russen ihre Todesbataillone einsetzten. Ueberall dort, wo der deutsche Angriff die britischen Stellungen zu durchbrechen droht, müssen französische Truppen einspringen. Nach eiligstem Antransport werden sie sofort in die Schlacht geworfen und vornehmlich zur Durchführung der Gegenangriffe bestimmt. Infolgedessen sind die französischen Verluste besonders schwer. Der jüngste Einsatz französischer Truppen im Nordteil der englischen Front zum Gegenstoß gegen den von den Deutschen eroberten Ort Meteron hat die Franzosen besonders hohe Blutopfer gekostet.

Stegemann über die Kriegslage.

Nach Stegemanns Ansicht ist die Entwicklung der deutschen Angriffsoperationen im Westen am 9. April in die zweite Phase getreten und hat an diesem Tage die britische Nordfront zwischen dem flandrischen und französischen Abschnitt eingedrückt. Nach ausführlichem Eingehen auf die bisherigen Operationen und deren Ergebnisse fährt der Artikel fort:

Der Gegner, der sich jetzt gefaßt und gesammelt hat, muß an Reserven heranführen, was er irgend entbehren kann. Er hat nicht nur die Front Albert, Amiens, Montdidier, Carlepont und Pinon neu zu bewehren und in rücksichtslosen Gegenangriffen den Feind an der Avre, Oise und Somme um die Handlungsfreiheit zu bringen, sondern auch vor St. Omer Schranken zu errichten und die Südflanke Yperns neu aufzubauen. Da sowohl die englisch-französische Front an der Somme, Avre, Oise und Ailette, als auch die portugiesisch-englische Front am Kanal von Bethune und Merville und hinter der Douve durch den Durchbruch stark überstreckt worden ist, wird das Joch sehr schwer werden, um so schwerer, als blutige und unblutige Verluste seine Kräfte um etwa 100 000 Mann geschwächt haben dürfte und mindestens 1500 Geschütze mit Stapeln verloren gegangen sind. Endlich ist zu sagen, daß es monatelanger Arbeit bedarf, wieder ein so künstliches Stellungssystem aufzurichten und daß die rückwärtigen Verbindungen empfindlich geschädigt worden sind. Tatsächlich sind die Engländer nur noch im ungestörten Besitz der transversalen Dünkirchen, bzw. Calais, St. Omer, Hesdin Abbeville, Blangy, Rouen. Die Linie St. Omer, St. Pol, Doullens, Amiens liegt unter dem deutschen Fernfeuer. Die Linien, die von Amiens nach Osten ausstrahlten, sind verloren gegangen. Haig ist daher hauptsächlich auf den Verkehr mit Kraftwagen angewiesen.

Stegemann hält eine große Gegenoffensive der Franzosen und Engländer augenblicklich noch nicht für möglich, da Foch immer noch mit taktischen Aushilfen beschäftigt sei. Aus diesen Verhältnissen erkläre sich auch der verhältnismäßige Stillstand der Zentrumsschlacht. Die allgemeine Lage werde durch die Unsicherheit gekennzeichnet, die die fortgesetzte Initiative der Deutschen über den erschütterten Gegner gebracht habe. Komme die Schlacht an der Lys zum Stehen, so könne man neue überraschende Züge auf dem weitgespannten strategischen Brette erwarten.

Englische Brutalität.

Seit Beginn der deutschen Offensive zwang England die französische Bevölkerung zu ganz kurz befristeter Räumung des Kampfgebietes. Niemanden wurde Zeit gelassen, sein Hab und Gut zu bergen. Die englische Soldateska bemächtigte sich plündernd des zurückgebliebenen französischen Eigentums. Neuerdings behandelt die britische Regierung den Bundesgenossen noch grausamer. Im Kampfbereich der Lys unterließ die englische Militärbehörde selbst die rechtzeitige Benachrichtigung der Bevölkerung. Die bedauernswerten Menschen konnten also aus der gefährlichen Zone nicht einmal entfliehen, um das nackte Leben zu retten. Sie ließen vielmehr die Einwohner von Estaires, Sailly und vielen anderen Orten erbarmungslos zurück, ohne die Mittel zur Abförderung zu stellen. So wurden Greise, Frauen und Kinder schonungslos den Schrecken des Trommelfeuers und der sich um die einzelnen Ortschaften abspielenden Kämpfe ausgesetzt. Die unglückliche französische Bevölkerung dieser Zone ist zum Teil tot oder verwundet und während der Kampfhandlungen buchstäblich zugrunde gegangen. Deutsche Soldaten fanden Frauen und Kinder vor, die infolge der Erlebnisse wahnsinnig geworden waren. Zitternde Greise, irrsinnige Worte murmelnd, starrten in die lodernden Flammen ihrer Häuser, sterbende Kinder lagen allein und verlassen in der Nähe der Trümmerstätten.

Von den neuen Steuern.

1. Das Branntweinmonopol.

Aller erzeugter Branntwein ist an die Monopolverwaltung abzuliefern. Wo ausnahmsweise den Brennern die Rückbehaltung des Branntweines gestattet wird, muß er den Branntweinaufschlag zahlen. Die Kontingentierung und der Durchschnittsbrand bleiben bestehen. Das neu zu errichtende Monopolamt besteht aus der Verwaltungsabteilung und der Geschäftsabteilung. Letztere ist die bisherige Spirituszentrale. Dazu tritt ein Beirat aus 20 Mitgliedern, und zwar: 5 Mitglieder des Bundesrats, 5 Mitglieder des Reichstags, 5 landwirtschaftliche Bremer, 5 von der Monopolverwaltung vorgeschlagene Vertreter der gewerblichen Brennerei. Die Verkaufspreise sind so festzusetzen, daß dem Reiche nach Abzug aller Kosten eine Reineinnahme für einen Hektoliter von 800 M. verbleibt. Der Preis für Trinkbranntwein ist teurer, für gewerblichen Branntwein billiger. Die Monopolverwaltung wird auch die einfacheren Trinkbranntweine herstellen, die Destillateure werden abgefunden. Bei der Herstellung von Markenbranntwein ist noch eine besondere Abgabe von einer Mark für den Liter zu bezahlen.

2. Die neue Biersteuer.

Das neue Gesetz über die Biersteuer sieht vor, daß für die ersten 2000 Hektoliter von den Brauereien 10 M. für den Hektoliter in Steuern bezahlt werden müssen; stufenweise steigt dann diese Steuer bis auf 12.50 M. bei einer Produktion von mehr als 60 000 Hektolitern. Nach der Erfahrung wird aber beim Verkauf nicht der geringste Steuersatz zugrunde gelegt, sondern der höchste, so daß künftig jeder Liter Bier mit einer Steuer von 12½ Pf. belegt werden wird. Für [illegible] also künftig für einen Liter Starkbier eine Steuer von [illegible] 19 Pf. erhoben wird. In demselben Maße wird auch der Zoll auf ausländisches Bier erhoben, so daß nach dem Kriege mit Bierpreisen gerechnet werden muß, die sich mindestens in der Höhe der Preise bewegen, die gegenwärtig bezahlt werden müssen.

3. Weinsteuer.

Die Weinsteuer wird erhoben beim Hersteller oder Händler, wenn der Uebergang zum Verbraucher stattfindet. Sie beträgt 20 Prozent vom Werte. Ein Weinprüfungsamt stellt in Zweifelsfällen den Wert fest. Es ist Nachbesteuerung für Weine der letzten 3 Jahre vorgesehen.

4. Schaumweinsteuergesetz.

Die bisherige Stafelung von 1 bis 3 Mark wird durch den einheitlichen Satz von 3 M. ersetzt.

5. Gesetz betreffend Besteuerung von Mineralwässern und künstlich bereiteten Getränken, sowie die Erhöhung der Zölle für Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade.

Die Sätze für Mineralwässer, Limonaden und konzentrierte Kunstlimonaden sind gestaffelt von ¼ Pf. bis 1.20 M., je nach Raumgehalt der Gefäße. Der Kaffeezoll wird auf 130 M. für einen Doppelzentner, der Zoll für Kakaobohnen auf 50 M., für Tee auf 220 M., für Schokolade auf 140 M. für den Doppelzentner festgesetzt.

6. Weitere Verteuerung des Postverkehrs.

Unter den Steuervorlagen, die dem Reichstag zugegangen sind, befindet sich auch eine solche über die Erhebung einer außerordentlichen Reichsabgabe mit den Post- und Telegraphengebühren. Die Ortsbriefe, die bisher 7½ Pf. kosten, müßten, wenn diese Vorlage Gesetz wird, künftig eine Reichsabgabe von 5 Pf. bezahlen, so daß damit der Satz auf 10 Pf. erhöht wird. Ortsbriefe, die schwerer sind als 20 Gramm, kosten künftig statt 7½ Pf. 15 Pf., Postkarten für den Fernverkehr werden von 7½ auf 10 Pf. erhöht. Die Reichsabgabe für Pakete bis 5 Kilogramm sollen bei Entfernungen bis 75 Kilometern 15 Pf., bei weiteren Entfernungen 25 Pf. und bei Paketen über 5 Kilogramm das Doppelte dieses Satzes betragen. Völlig neu eingeführt werden Reichsabgaben für Drucksachen, Geschäftspapiere, Warenproben, Mischsendungen und Postanweisungen. Für Geschäftspapiere, Warenproben und Mischsendungen ist eine einheitliche Abgabe von 5 Pf. vorgesehen, auch für Drucksachen soll die Abgabe in derselben Höhe festgesetzt werden; doch sollen für Drucksachen im Gewicht bis 100 Gramm niedrigere Sätze, und zwar bis 50 Gramm 2 Pf., über 50 Gramm 2½ Pf. erhoben werden. Außerdem wird der Telegraphenverkehr noch weiter verteuert, indem die Reichsabgabe für jedes Wort von 2 auf 3 Pf. erhöht wird. Die Vorlage sieht ferner eine weitere Verteuerung des Telephonverkehrs vor und führt auch die Reichsabgabe für Postanweisungen ein. Eine Postanweisung bis 5 M. kostet künftig 15 Pf., von 5—100 M. 25 Pf., von 100 bis 200 M. 40 Pf. Der Postscheckverkehr bleibt vorläufig von einer besonderen Abgabe befreit.

7. Gesetz über die Kriegssteuer der Gesellschaften für das 4. Kriegsgeschäftsjahr.

Die Gesellschaften waren schon früher gesetzlich verpflichtet worden, 60 Prozent des im 4. Kriegsjahr erzielten Mehrge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751918041815/fragment/page=0001
DFG

binnes als Sonderrücklage in ihre Bilanz einzustellen. Die Abgabe ist je nach der Höhe des Mehrgewinnes gestaffelt von 10 bis 50 Prozent.

8. Gesetz zur Aenderung des Reichsstempelgesetzes.

I.

Kauf- und Anschaffungsgeschäfte in Wertpapieren werden verschieden besteuert, je nachdem der Käufer ein gelegentlichen Effektenhändler oder ein Privatmann ist. Das Privatpublikum hat die höheren Sätze zu zahlen. Die Sätze betragen: a) bei Kriegsanleihen $^{2}/_{10}$ vom Tausend bzw. $^{1}/_{10}$ vom Tausend. Geschäft in Kriegsanleihen werden am niedrigsten besteuert. b) Andere Reichs- und Staatspapiere $^{4}/_{10}$ vom Tausend bzw. $^{2}/_{10}$ vom Tausend. c) Ausländische Staatspapiere, in- und ausländische Gemeindeschuldverschreibungen, in- und ausländische Pfandbriefe $^{7}/_{10}$ bzw. $^{3}/_{10}$ vom Tausend. d) Sonstige Renten und Schuldverschreibungen 1 vom Tausend bzw. $^{4}/_{10}$ vom Tausend. e) Aktien, Kuxe usw. 3 vom Tausend bzw. $^{2}/_{10}$ vom Tausend. f) ausländische Banknoten, Papiergeld und Geldsorten einheitlicher Satz $^{2}/_{10}$ vom Tausend.

II.

Besteuerung von Geldumsätzen (Depositen und Kontokorrentsteuern): Die Steuer wird erhoben von den Zinsen, die der Bankier zahlt. Sie ist gestaffelt von 1 vom Hundert bei weniger als 100 000 M. bis auf 3,32 vom Hundert bei mehr als 10 Millionen Mark.

III.

Erhöhung des Stempels bei Gesellschaftsverträgen von 4½ auf 5 vom Hundert.

9. Gesetz zur Aenderung des Wechselstempelgesetzes.

Die Sätze betragen für Wechsel unter 250 M. 15 Pf., von 250 bis 500 M. 30 Pf., von 500 bis 750 M. 45 Pf., von 750 bis 1000 M. 60 Pf. für jede weitere 1000 M. 60 Pf. mehr.

10. Umsatzsteuergesetz.

Der Steuer unterliegen nicht nur die Waren, sondern auch die Leistungen; die bisherigen Befreiungen des Warenumsatzsteuergesetzes bleiben erhalten. Die Steuer beträgt 5 vom Tausend. Außerdem werden mit einer besonderen Luxussteuer belegt: a) Edelmetalle und Edelsteine, b) Kunstwerke, c) Antiquitäten, d) photographische Handapparate, e) Flügel, Klaviere, Harmonien und mechanische Spielwerke, f) Handwaffen, g) Motorfahrzeuge für Land und Wasser, h) Teppiche, i) Pelzwerke. Der Steuersatz beträgt für Edelmetalle und Edelsteine 20 Prozent, für die übrigen 10 Prozent vom Werte.

11. Entwurf eines Gesetzes gegen die Steuerflucht.

Zur Versteuerung der Steuerflucht (Personenflucht) wird die Verpflichtung zur Steuerzahlung für die Personalsteuer auf 5 Jahre nach Verlegung des Wohnsitzes erstreckt. Vor der Abwanderung ist Sicherheit zu leisten (20 Prozent des Vermögens). Wer die Steuer hinterzieht, wird mit Frau und Kindern expatriiert. Zahlt er die Steuer später nach, erlangt er seine Staatsangehörigkeit wieder.

12. Der Bierzoll.

Der Bierzoll wird erhöht in Gefäßen über 15 Liter auf 19,35 M., unter 15 Liter auf 25 M.

•

Die Erträge bzw. Mehrerträge werden geschätzt in Millionen Mark: Kriegssteuer der Gesellschaften 600, Börsensteuer 214, Umsatz- und Luxussteuer 1000, Erhöhung der Postgebühren 125, Branntweinmonopol 650, Biersteuer 340, Weinsteuer 105, Schaumweinsteuer 20, Mineralwässer usw. 50, Zoll auf Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade 75.

Verkürzung der Brot- und Kartoffelrationen?

Im Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen in Dresden sprach das Mitglied des Kriegsernährungsamts Herr Rupprecht über den Stand und die Aussichten der Volksernährung. Dabei beschäftigte er sich auch mit der Frage, ob wir mit den noch vorhandenen Getreidevorräten bis zum Ende des laufenden Wirtschaftsjahres ausreichen werden. Dabei entschlüpfte ihm das vielsagende Eingeständnis, daß die Reichsgetreidestelle trotz aller Maßnahmen bis heute noch keinen klaren Ueberblick über die vorhandenen Bestände habe. Dagegen bezeichnete er es als sicher, daß die Frühdruschorganisation wieder kommen werde. Auch machte er Hoffnung, daß wir bald aus der Ukraine etwas hereinbekommen werden. Trotzdem — so sagte er — wird die Gefahr bestehen, daß wir nicht genügend und nicht rasch genug Getreide aus der Ukraine bekommen, so daß wir vielleicht (!) gezwungen sein werden, die Ration zu verkürzen, entweder auf kurze Zeit (1 bis 2 Monate) für die Gesamtbevölkerung oder durch Belassung der vollen Ration für die Großstädte und Industriebezirke und entsprechende stärkere Kürzung für das platte Land, das sich mit dem Frischgemüse und Frühobst eher helfen könne. Welcher Weg eingeschlagen werden wird, steht noch nicht fest. Die Möglichkeit einer Verkürzung der Brotration besteht also. Das heißt mit anderen Worten, daß diese harte Maßnahme mit ziemlicher Sicherheit bevorsteht. Man will auf diese Weise das Publikum nur immer schonend darauf vorbereiten, daß es den Hungerriemen noch fester anziehen muß. Der Herr vom Kriegsernährungsamt wollte die erregten Gemüter damit beruhigen, daß er hinzufügte, für die nächsten Jahre sei auf Grund der mit Rumänien und der Ukraine abgeschlossenen Verträge die Getreidenot endgültig beseitigt. Die ausreichende Brotversorgung sei durch den Ostfrieden gesichert.

Auch bei den Kartoffeln lägen die Dinge nicht so, daß wir uns darüber freuen könnten. Wir hätten wohl eine gute Ernte, aber keineswegs eine Rekordernte gehabt. Gegebenenfalls (!) käme eine geringe Verringerung der Kartoffelration in Betracht!!!

Was die Fleischversorgung anbetreffe, so könne von einer gleichmäßigen Rationierung ja schon lange nicht mehr die Rede sein. 250 Gramm erhielten bloß noch die Großstädte und Industriebezirke, während das platte Land sich schon lange mit 150 und 200 Gramm begnügen müßten. (Lebhafter Widerspruch.) Das läge am Rückgang der Schweinezucht, auch gäbe das Rindvieh nicht mehr das her wie früher. Bei einer günstigeren Rauhfutterernte werde sich auch die Fleisch- und Fettversorgung wieder bessern. Eine weitere Herabsetzung der Ration sei nicht beabsichtigt.

Die Gesamtlage sei nicht günstig; wir sind knapp gestellt, aber nicht knapper wie in anderen Jahren. Es werde auch in diesem Jahre alles geschehen, um über die Uebergangszeit hinwegzukommen. Wir werden auskommen und wir müssen auskommen, daran sei nichts zu ändern, auch nicht durch einen baldigen allgemeinen Frieden. Der Gesamtfriede werde die durch den Ostfrieden erreichten Verbesserungen nicht wesentlich aufdessern, denn die ganze Welt sei ausgeraubt. Die Frachtraumnot wird auch uns zur Last fallen. Wir werden auch nach dem Kriege die Rationierung von Brot und Fleisch noch jahrlang behalten. Nur ein baldiger Friede könne die Verhältnisse allmählich wieder bessern.

Zum Schlusse versicherte Herr Rupprecht, die volle Wahrheit gesagt zu haben. Das Kriegsernährungsamt wolle in den Großstädten die Zustände nicht nur nicht beschönigen, sondern es würden auch die Landwirte bearbeitet, mehr noch als bisher zu bauen, indem ihnen die Not in den Großstädten geschildert werde, und nicht Preise zu fordern, die den Städtern schwer fallen.

Die Debatte nahm einen sehr erregten Verlauf. Der Vorsitzende stellte auf Grund der Ausführungen des Referenten fest, daß die Landwirte in der Lebensmittelbeschaffung oft versagt haben, nicht bloß wegen Mangels an Arbeitstieren, Maschinen, Saatgut, Dünger usw., sondern auch, weil der gute Wille gefehlt habe. Auf den Patriotismus dieser Kreise werfe das ein eigenartiges Licht. Er dies auch auf die schlechte Fleischversorgung Sachsens hin. Die sächsische Bevölkerung erhalte schon lange bloß 200 Gramm Fleisch, neuerdings sogar nur 150 Gramm, während anderwärts noch immer 250 Gramm verteilt würden. Man scheine die sächsische Bevölkerung für so geduldig zu halten, daß man glaube, ihr alles bieten zu können. Die in Aussicht gestellte Verkürzung der Brot- und Kartoffelration würde, soweit Sachsen in Frage komme, von der Versammlung mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Unter allgemeinem Beifall wandte sich ein Debatteredner gegen die erneute Gewährung von Frühdruschprämien an die Landwirte. Als die Arbeiter in der Kriegsindustrie noch mehr leisten mußten, um die Munitionserzeugung zu steigern, habe man ihnen nicht etwa mehr Lohn gewährt, sondern da seien ganz andere Mittel angewandt worden. Von einem ähnlichen Vorgehen gegen die Landwirte habe man aber noch nichts gehört.

Der Herr vom Kriegsernährungsamt versprach, daß mit einer Einschränkung der Brot- und Kartoffelration in erster Linie diejenigen Bundesstaaten bedacht werden sollen, die in der Lage seien, sie noch am ehesten zu ertragen.

Staatssekretär v. Capelle über U-Boote

Bei der Beratung der mit dem Marineetat zusammenhängenden Fragen ergriff Staatssekretär v. Capelle auch das Wort zur

U-Boot- und Frachtraumfrage.

Hauptfrage ist: Was brauchen die Westmächte zur Kriegführung und zur Versorgung der Heimat, und welche Tonnage steht ihnen dazu noch zur Verfügung? Ziffernmäßige Tonnageberechnungen sind heute so gut wie überflüssig, da sie sichtbaren Erfolge des U-Boot-Krieges die deutlichste Sprache reden. Der Tonnageraub an Holland, mit dem sich die Angelsachsen auf Jahrzehnte ein Odium schimmster Art aufgeladen haben, ist der beste Beweis, wie weit die Schifferäumnot bei unseren Gegnern bereits gestiegen ist. Zu den Versenkungen treten der starke Verschleiß der Schiffe und die gewaltige Steigerung der Seeunfälle, die kürzlich Lord Ellermann in der Schiffahrtskammer auf das Dreifache der Friedensverluste beziffterte.

Wird sich die Lage der Westmächte verbessern oder verschlechtern? Das hängt ab von deren militärischen Leistungen und vom Ersatz der versenkten Schiffe durch Neubauten.

Kurz auf die letzte Rede Geddes zum englischen Marineetat eingehend, erklärte der Staatssekretär: Die Behauptung des englischen Marineministers, bei unseren U-Boot-Besatzungen herrsche Widerwillen, in See zu gehen, ist eine niederträchtige Verleumdung.

Gegenüber den Behauptungen englischer Staatsmänner über ungemein starke Verluste an U-Booten stellte der Staatssekretär fest: Die Angaben in der fremden Presse sind sehr stark übertrieben, die Neubauten übersteigen nach wie vor die Verluste, die U-Boot-Waffe ist quantitativ und qualitativ in steigem Wachsen begriffen. Wir können auch weiter mit der bisherigen militärischen Leistung unbedingt rechnen. Ob Lloyd George noch verlorenem Landkrieg den Seekrieg mit Aussicht auf Erfolg fortführen kann, hängt nicht von seinem Willen, sondern von dem Kampf U-Boot gegen Schiffbau ab. Nach Lloyds Register sind in den letzten 10 Jahren vor dem Kriege pro Jahr etwas über 2 Millionen Brutto-Register-Tonnen auf der ganzen Welt, also einschließlich unseres, unserer Verbündeten und Rußlands Schiffbau hergestellt worden. Die Gesamtleistung heute kann keinesfalls höher sein, denn die Schwierigkeiten aller Art, Arbeiter- und Materialnöte, sind im Kriege gewachsen. Durch natürlichen Abgang sind in den letzten 10 Jahren, d. h. im Frieden, 800 000 Brutto-Register-Tonnen pro Jahr vom Weltschiffsraum verschieden: wo den. Jetzt, im Kriege, sind die Verluste, wie schon erwähnt, erheblich größer. 1,4 Millionen Br.-Reg.-To. ist also der jährliche reine Zuwachs für die ganze Welt gewesen. Das gibt immerhin einen Maßstab für die heutigen Verhältnisse. Amerikas und Japans Neubauten werden für die eigenen Bedürfnisse dieser Länder bis zu einem gewissen Grade aufgebraucht. Es bleibt also in der Hauptsache die Lage des englischen Schiffbaues zu betrachten.

Um die Mitte 1917 wurde von Engländern an amtlicher Stelle von 3 Millionen Tonnen gesprochen, dann ging Lloyd George auf 2 zurück, und jetzt liegt nach Angabe Bonar Laws das Ergebnis mit 1,16 Millionen vor. Einer Indienstellung von rund 100 000 Brutto-Register-Tonnen steht demnach die Versenkung von 600 000 Brutto-Register-Tonen gegenüber, also das Sechsfache. Selbst wenn man die gemachten Angaben als zu günstig ansieht, und eine Neubautätigkeit von monatlich 150 000 Br.-Reg.-To., also 50 Prozent höher, annimmt und auch die Versenkungen auf 458 000 Br.-Reg.-Tonnen kürzt, so sind

die Versenkungen immer noch dreimal so groß wie die Neubauten.

Eines ist, besonders für die kommenden Monate, noch zu berücksichtigen: Heute trifft die Versenkung jedes Schiffes unsere Gegner im Lebensnerv, heute, wo nur noch die unbedingt notwendigen Frachten — für Lebensmittel und für Kriegsbedarf — befördert werden können, bedeutet die Versenkung auch nur eines kleinen Schiffes etwas ganz anderes wie bei Beginn des U-Boot-Krieges; zudem bedeutet der Ausfall eines Schiffes auch den Ausfall an 4—5 Frachtladungen.

Unter diesen Verhältnissen muß auch der größte Pessimist sagen,

daß die Lage der Gegner sich in stark wachsendem Maße und mit schnellen Schritten verschlechtert,

und daß jeder Zweifel an dem Enderfolg des U-Boot-Krieges nicht berechtigt ist. (Beifall.)

Deutscher Reichstag.

147. Sitzung. Mittwoch, 17. April, nachmittags 3 Uhr.

Am Ministertisch: Rüdlin.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des

Postetats.

Der Ausschuß beantragt neben der unveränderten Annahme des Etats eine Ergänzung des Besoldungsgesetzes, die eine Reihe von Gehaltsaufbesserungen bringt und das Besoldungsdienstalter der Post- und Telegrapheninspektoren und Hilfsreferenten bei den Oberpostdirektionen um drei Jahre erhöht.

Staatssekretär Rüblin leitet den Etat als den ersten seiner Amtsführung mit einer kurzen Uebersicht der Ausgaben ein, für die im allgemeinen die Zahlen des letzten Friedensjahres die Grundlage bildeten; nur an einzelnen Stellen zeigt sich die dauernde Einwirkung des Krieges, vor allem bei den persönlichen Ausgaben und denen für das Fuhrwesen. Auch die Gehälter und Löhne sind erheblich gestiegen. Bei den Löhnen haben wir ganz allgemein die Parole ausgegeben, daß die Post- und Telegraphenarbeiter nicht schlechter gestellt sein sollen als in andern staatlichen Betrieben. Die ausreichende Gestaltung der Dienst- und Arbeitsverhältnisse wird stets Gegenstand der besonderen Fürsorge der Verwaltung sein. Das Personal hat im allgemeinen seine Schuldigkeit getan. Aber durch den langen Krieg ist die Widerstandskraft der Beamten geschwächt, und deshalb soll im kommenden Sommer zum erstenmal der Urlaub wieder ebenso wie im Frieden gewährt werden. (Beifall.) Wenn der Frieden kommt, werden die Postbeamten genau wie früher ihre Schuldigkeit tun.

Abg. Macken (Zentr.): Den Beamten, die unter den schwierigsten Verhältnissen ihre Pflicht getan haben, gebührt voller Dank. Geklagt wird viel über die Beraubung und den Verkauf von Paketen. Die eingetretenen Bestrafungen beweisen, daß an diesem Mißstand nicht die Beamten, sondern das Hilfspersonal beteiligt ist. Der von der Post für geraubte und verlorene Pakete geleistete Ersatz ist in der heutigen Kriegszeit zu gering und bedarf dringend der Erhöhung. Nach dem Kriege wird die Postverwaltung mehr Ueberschüsse wie früher herauswirtschaften müssen; deshalb begrüße ich, daß man die Straßenbahnen in den Dienst der Paketbeförderung stellen und die Lastautos stärker heranziehen will. Redner spricht des weiteren für Besserstellung einzelner Beamtenkategorien.

Staatssekretär Rüblin: Ein großer Teil der sogenannten Postdiebstähle fällt der Post gar nicht zur Last. Viele Pakete werden schon gestohlen auf dem Wege von der Wohnung zur Post; unglaublich gestohlen wird auch auf der Eisenbahn, wo die Gelegenheit dazu günstiger ist als bei der Post. Natürlich will ich die Postdiebstähle keinesfalls entschuldigen. Eine ganze Anzahl angeblich gestohlener Pakete gehören auch zu den unanbringlichen, weil die Adresse abgegangen ist. Daß der Entschädigungsbetrag bei den heutigen Preisen nicht ausreicht, um den tatsächlich erlittenen Schaden zu ersetzen, gebe ich zu. Aber das ist kein Grund, das Gesetz zu ändern. Dem Gesetze nach wären wir im Kriege überhaupt berechtigt, jeden Schadenersatz abzulehnen. Daran denke ich natürlich nicht. Aber es wird erwogen, auf andre Weise den Interessen des Publikums entgegenzukommen.

Abg. Taubadel (So.):

Die Situation des neuen Staatssekretärs, der sein Amt mitten im Kriege übernommen hat, ist keine leichte, das erkennen wir an. Es ist im Postbetrieb viel zu verbessern. Man betrachtet den Postbetrieb heute leider als ergiebige Steuerquelle. Auch jetzt soll ja das Publikum durch Erhöhung der Postgebühren mit 125 Millionen jährlich belastet werden. (Hört, hört!) Die Anregung zu dieser neuen Verkehrsbelastung ist von der Rechten ausgegangen und die Regierung ist nur allzu schnell darauf eingegangen. — Die Zahl der Postdiebstähle hat sich in letzter Zeit wieder gesteigert, ein Zeichen der immer weiter sinkenden Moral. Die von der Post gewährte Entschädigung ist jedenfalls gänzlich unzureichend. Die betreffende Bestimmung stammt aus den 50er Jahren. Trotz der Geringfügigkeit der Entschädigung wurden im vergangenen Jahre über 3 Millionen Mark Entschädigungen ausgezahlt; das beweist, um welch ungeheure Summen das Publikum in der Tat durch diese Diebstähle geschädigt wird.

Wie ist es mit dem Preß-Fernsprechverkehr zwischen Berlin und Wien? Ist er eigentlich gestattet und zu welchen Bedingungen? Unverständlich ist es, wie man es als Mißbrauch der Postfreiheit für Feldpostsendungen bezeichnen und die Betreffenden gar bestrafen kann, wenn auf Feldpostkarten von Bekannten des Absenders Grüße hinzufügt werden! In einem solchen Falle wurde ein Feldgrauer und seine Braut zu je 3 Mark wegen Portohinterziehung bestraft. (Hört, hört!) Dagegen wurde ein Major, der Privatpakete portofrei versandte,

nur höflich aufgefordert, das Porto nachzuzahlen.

(Hört, hört!) — Den politischen Korruptionsfonds der Ostmarkenzulage haben wir glücklich beseitigt. Seine Einführung, falls sie beabsichtigt sein sollte, würde eine schwere Provokation der Polen bedeuten. Hoffentlich gelingt es dem neuen Staatssekretär, zu einem erträglichen Verhältnis zu seinen Beamten zu kommen. Bei sozialpolitischen Maßnahmen wird der Staatssekretär immer auf unsere bereitwillige Mitarbeit rechnen können.

Dringend notwendig ist eine großzügige Besoldungsreform.

Eine Einschränkung des Beamtenapparates kann erfolgen, durch bessere Arbeitseinteilung und vermehrte Einführung der technischen Neuerungen. Die Beförderungsverhältnisse müssen verbessert werden nach dem Grundsatz: Freie Bahn dem Tüchtigen. Bei Beschäftigung von Kriegsbeschädigten sollte die Postverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen. Unglaublich ist die Behauptung, daß über 40 Jahre alte Leute bei der Post keine Anstellung mehr finden sollen. Das wäre eine schwere Kränkung der Schützengrabenkämpfer. Die Zulagen für die Telegraphenarbeiter für Beschäftigung außerhalb des Wohnortes sind vielfach zu niedrig bemessen, daß man sie kaum als Trinkgeld bezeichnen kann. Auch die Entlohnung und Behandlung der Aushilfskräfte läßt sehr viel zu wünschen übrig. Tagelöhne von 5, 4, selbst 3.50 M. entsprechen in keiner Weise den heutigen Verhältnissen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Man sollte es diesen Hilfskräften doch nicht gar so schwer machen, ehrlich zu bleiben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Ueberstunden müssen sie ohne Entschädigung machen. Vielfach haben sie über unangemessene Behandlung durch einzelne Beamte zu klagen. Sehr zu wünschen ist für diese Hilfskräfte eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Freigabe des Sonntags in regelmäßigen Zwischenräumen. Auch ein Urlaub von wenigen Tagen unter Fortzahlung des Lohnes sollte man wenigstens denjenigen Aushilfskräften gewähren, die schon jahrelang Dienst tun. Ganz besonders mißlich stehen die Aushilfskräfte in bezug auf die Teuerungszulagen. Hier herrscht ein wirres Durcheinander, jede einheitliche Regelung scheint zu fehlen. Es müssen Zustände eintreten, daß auch bei Friedenseintritt die besten Aushilfskräfte gern im Dienst bleiben. Geht es so weiter wie jetzt, so gehen die besten Kräfte beim Friedensschluß in die Privatbetriebe über. Den Schaden davon hätte die Postverwaltung und nicht zuletzt das Publikum (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hubrich (Freis. Vp.): Die Lebensmittelausschüsse der Post sind leider viel zu spät eingesetzt worden. Zu begrüßen ist dabei aber, daß man bei dieser Gelegenheit zum erstermal die Organisationen der Beamten und Arbeiter gutachtlich gehört hat. Wenn der bisherigen Aera der Bekämpfung und des Mißtrauens gegenüber den Beamtenvereinen eine Aera des Vertrauens und der positiven Unterstützung dieser Vereine folgen sollte, so würde dieser neue Geist in der Postverwaltung lebhafteste Befriedigung in der Beamtenschaft hervorrufen. (Sehr richtig! links.) Redner bringt des weiteren eine große Reihe von Wünschen einzelner Beamtenkategorien vor.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 3 Uhr: Postetat, Reichseisenbahnen.

Schluß: 7½ Uhr.

Aus Portugal.

Bern, 17. April. Temps berichtet aus Lissabon: Die Polizei hat in Oporto in einem Hause ein großes Lager von Granaten, Patronen und Gewehren entdeckt. 30 Offiziere und Unteroffiziere der Garnison von Oporto wurden unter der Anschuldigung verhaftet, eine Verschwörung gegen die Regierung angezettelt zu haben.

In Portugal steht ein Eisenbahnerausstand bevor. Die Beratung des Verkehrsministers mit dem Streikausschuß zur Erzielung einer Einigung ist ergebnislos verlaufen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180418-15/fragment/page=0002

Die Festung Paris unter Fernfeuer.

Amsterdam, 17. April. Reuter berichtet: Die Beschießung von Paris durch weittragende Geschütze wurde gestern wieder aufgenommen. Elf Personen wurden getötet und 36 verwundet.

Lebensmittelnot in England.

Immer neue Nachrichten bestätigen die Lebensmittelknappheit in England. Sie wird jetzt vornehmlich dadurch gesteigert, daß der geringe verfügbare Schiffsraum in erster Linie dem Transport des nötigen Ersatzes an Mannschaften und Kriegsmaterial dienen muß. Die ungeschickte Art der Rationierung hat ein unendlich langes Anstellen vor den Läden zur Folge. Die Preise sind unmäßig gesteigert, für die ärmere Bevölkerung unerschwinglich. Bei der höheren Inanspruchnahme des Schiffsraums für Kriegstransporte muß naturgemäß die den Neutralen versprochene Lebensmittelzufuhr zurückstehen. Auch die Neutralen leiden somit schwer unter Englands Kriegsverlängerung.

Lloyd George hat „volles Vertrauen".

London, 16. April. Im Unterhause sagte Lloyd George bei einer Aussprache über die militärische Lage:

Aber ich bin doch voll Vertrauen, ich habe gerade einen General gesprochen, der von der Front zurückkehrte. Er erzählte mir, daß er Generale, die im Kampfe standen, gesehen habe. Er habe volles Vertrauen. (Lauter Beifall.) Wir haben Gelände verloren, aber wir haben nichts verloren, wovon unser Leben abhängt. Das ist nicht nur die Ansicht unserer Generale, das ist auch die Ansicht unseres Generals Foch, der ebenso ruhig, ebenso vertrauensvoll ist. Der General, den ich gesprochen habe, hatte auch ihn an diesem Nachmittage gesehen. Er hat volles Vertrauen. (Beifall.) Der Feind zielt auf die Vernichtung der britischen Armee. Er fühlt, daß, wenn er nur diese Armee beseitigen kann, der Weg zum Siege frei werde. Aber er hat diese Armee noch nicht beseitigt. Er hat, wie ich leider bekennen muß, der englischen Armee schwere Verluste beigebracht, aber diese Verluste sind nichts im Vergleich zu denen, die er erlitten hat. Die französische Armee ist unversehrt, die amerikanische kommt in großen Massen. Die Stimmung mag hoffnungsvoll sein, mag verzweifelt sein: wenn wir nur fest und entschlossen zusammenstehen, wenn wir nicht der Furcht oder Panik nachgeben, wenn wir nur bereit sind, alle Maßnahmen zu ergreifen, wenn alle Parteien in England, ja in England und Irland zusammenstehen, wenn die Iren in Irland mit den Iren, die zu Millionen über das Meer kommen, diesen Kampf vereint mit den englischen Truppen kämpfen: wenn wir dies tun, dann werden wir endlich siegen.

Irlands Widerstand gegen die allgemeine Wehrpflicht.

Bern, 17. April. Die englische Regierung betrachtet die Haltung Irlands mit großer Beunruhigung, da der irische Widerstand sich nicht in ungefährlichen Tumulten und strohfeuerartigen Ausbrüchen äußert, sondern organisatorische Maßnahmen trifft, um die Durchführung der Wehrpflicht unmöglich zu machen. Der bedeutsamste Schritt, der bisher von Irland unternommen wurde, ist die Einladung Stadtverwaltung von Dublin an die Führer der Nationalisten und Sinnfeiner, und an die Vertreter sämtlicher Gewerkschaften, um in einer gemeinschaftlichen Konferenz die notwendigen Maßregeln gegen die Regierungsbehörden festzusetzen. Man spricht von einem neuen altirischen Schwur, der den Süden wie den Norden zum äußersten Widerstand gegen die Wehrpflicht binden soll. Eine große Ueberraschung bedeutet für die englische öffentliche Meinung der Umstand, daß auch ganz Ulster sich gegen die allgemeine Wehrpflicht ausspricht und daß dies der erste Fall in der Geschichte Irlands ist, da der Norden und Süden einmütig fühlen und handeln wollen.

Vor erregten Debatten in der italienischen Kammer.

Lugano, 18. April. Einer französischen Meldung zufolge brachte der Abgeordnete Ciriani in der Kammer eine Interpellation ein, die eine klare Darstellung des Verhaltens der italienischen Regierung gegenüber den 1917 und 1918 erfolgten Friedensangeboten verlangt. Ferner wünscht er Aufklärung über die Verhandlungen, die zwischen den Alliierten und den Mittelmächten geführt wurden. Dieselbe Anfrage stellte der Senator Cochin im Senat. Man erwartet erregte Debatten.

Die Ukrainer und Beßarabien.

Zürich, 17. April. Der Vertreter der Ukrainischen Volksrepublik, Georg Gassenetz, der in Bern weilt, wurde von seiner Regierung zu folgender Erklärung über ihre Stellung zur beßarabischen Frage ermächtigt: In der beßarabischen Frage ist unser Standpunkt der, auf Grund der Wünsche der ukrainischen und gemischten Bevölkerung Beßarabiens die gegenseitigen Staatsinteressen zu wahren. Die Vertreter der bessarabischen Bevölkerung werden in Kiew erwartet. Wir verlangen die Vereinigung Beßarabiens mit der Ukraine und erheben Einspruch gegen die Forderungen Rumäniens.

Der Krieg zur See.

Berlin, 17. April. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um die Azoren wurden von einem unserer U-Boote in den letzten Wochen fünf Dampfer und zwei Segler versenkt. Hiervon waren bewaffnet der griechische Dampfer Eithira (2240 Br.-Reg.-To.) und der französische Dampfer Oued Sebou (1540 Br.-Reg.-To.); auf letzterem befanden sich 150 Soldaten und Geschütze; je eine 9-Zentimeter- und 7,5-Zentimeter-Kanone wurden erbeutet. Die für unsere Feinde bestimmten Ladungen waren besonders wertvoll und bestanden aus Palmöl, Palmkernen, Erdnüssen, Baumwolle, Gummi, Wachs, Eisen und Stahl. Das U-Boot brachte 27 Tonnen Gummi und 5 Tonnen Wachs für die deutsche Kriegswirtschaft in der Heimat mit. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

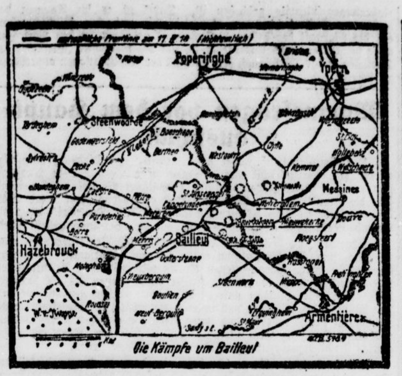
Das ungarische Kabinett Weckerle gab seine Entlassung.

Budapest, 17. April. Das Kabinett Dr. Weckerle hat in einer gestern nacht stattgefundenen Sitzung beschlossen, seine Demission zu geben, weil es vom König nicht die Ermächtigung erhielt, Neuwahlen auszuschreiben, die der vom Justizminister Dr. Vaszony ausgearbeiteten radikalen Wahlreform ein Majorität verschafft hätten. Heute findet ein neuerlicher Ministerrat statt, in dem der formelle Rücktritt des Kabinetts erfolgt.

Im Klub der 48er Verfassungspartei wurde die Nachricht von der Demission des Kabinetts Wekerle mit großer Begeisterung aufgenommen. In Anwesenheit des Grafen Julius Andrassy wurde der Beschluß gefaßt, gegen das wieder im Aufstieg befindliche Regime der Nationalen Arbeitspartei Stellung zu nehmen.

Vor der Abreise des Königs nach Wien erschien noch in der Nacht Justizminister Vaszonyi im Hofzuge zu einer Audienz und machte Mitteilung, daß das Kabinett demissioniert habe, weil es die Wahlreform nicht verwirklichen könne.

Budapest, 17. April. Baron Burian, der neue Minister des Auswärtigen, gehört zu den intimsten Parteifreunden des Grafen Stefan Tisza und vertritt somit eine unbedingt bündnistreue Politik. Wenn auch die Ernennung Burians in keinem unmittelbarem Zusammenhang zur innerpolitischen ungarischen Krise steht, so hat sie doch wesentlich dazu beigetragen, das Kabinett Dr Wekerle und die es unterstützende Achtundvierziger Verfassungspartei, deren Chef Graf Julius Andrassy ist, zu verstimmen. Sowohl Ministerpräsident Dr. Wekerle,



Die Kämpfe um Bailleul

wie auch die Mitglieder seines Kabinetts haben den Grafen Julius Andrassy zum Minister des Auswärtigen in Vorschlag gebracht, da gerade dessen hervorragendes diplomatisches Talent und seine innerliche Anhänglichkeit an das Bündnis mit Deutschland ihn für diesen Posten besonders geeignet erscheinen ließen. Baron Burian war Kandidat des Grafen Stefan Tisza, somit hat also dieser Staatsmann wieder einen bedeutenden Einfluß auf die äußere Politik gewonnen und scheint auch in innerpolitischer Beziehung das Vertrauen der Krone zu genießen.

Zur Ernennung Burians.

Berlin, 18. April. Der Wiener Sonderberichterstatter der Vossischen Zeitung meldet: Es mag vorläufig dahingestellt sein, ob Burian die Aufgabe hat, in der Politik der Monarchie gegen Rumänien eine Aenderung eintreten zu lassen; auf alle Fälle bleibt die Ernennung Burians zunächst erstaunlich. Sie erweckt fürs erste den Eindruck, als ob die Zeit Czernins spurlos ausgelöscht sei und daß der Gedanke der nationalen Versöhnung der beiden Reichshälften aufhören sollte, die Grundlage der österreichisch-ungarischen Außenpolitik zu bilden.

Wien, 17. April. Die Correspondenz Austria meldet: Die Abgeordneten Prälat Hauser und Professor Waldner erschienen mittags beim Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler, um namens ihrer Parteien auf die tiefgehende Erregung aufmerksam zu machen, welche die Vorgänge der letzten Tage in den deutschen Kreisen hervorgerufen hätten. Der Ministerpräsident erwiderte, ihm sei diese Erregung bekannt. Er bedauere sie lebhaft, er möchte jedoch darauf hinweisen, daß der politische Kurs nach außen wie nach innen vom Wechsel auf dem Posten des Ministers des Aeußern vollständig unberührt bleibe. Hierbei nahm der Ministerpräsident Gelegenheit, scharf zu betonen, daß nach den ihm bekannten unwandelbaren Anschauungen der Krone diejenigen, die ihr Heil von der Entente erwarteten, stets als Staatsfeinde betrachtet und behandelt werden würden.

Bayern gegen die Broteinschränkung in der Landwirtschaft.

München, 17. April. In der bayrischen Abgeordnetenkammer erklärte der Minister des Innern, daß Bayern sich im Bundesrat, unterstützt von einem andern Bundesstaat, gegen die vom Reich verfügte Herabsetzung der Brotgetreidemengen für landwirtschaftliche Betriebe ausgesprochen habe, weil diese Menge von 6½ Kilogramm pro Kopf und Monat zu gering sei für den Landwirt.

Ein geschändeter Friedhof.

Westfront, 10. April.

An dieser Stelle ist, so lange wir Kriegsberichte schreiben, das Menschliche im Gegner, auch wo es nur in Fünkchen glimmte, geflissentlich hervorgehoben worden. Wir haben nichts getan, den Haß zwischen den Heeren und Völkern zu schüren, sondern haben liebevoll verzeichnet, wann immer die Stimme des Herzens die Stimme der Kanonen leise zu übertönen schien. Nicht aus Voreingenommenheit, sondern um der Wahrheit willen, die leidet.

Um so beschämter und voll Empörung kommen wir eben vom Friedhof des Stadt Nesle zurück. Wir haben ein Denkmal französischer Schande gesehen — mit eigenen Augen. Hier gibt es keine Verdrehung, keine Schönfärberei — keine Polemik. Was die Franzosen in Nesle verübt haben, wird immer ihren Namen beschmutzen.

Auf dem Friedhof dieser zwischen Saint Quentin und Montdidier gelegenen Stadt waren Hunderte von deutschen Soldaten begraben, im Lazarett verstorbene wie in der Umgebung gefallene — in der langen Zeit von 1914 bis zu unserem Rückzug im vergangenen Frühjahr. Die Gräber dieser Soldaten waren mit Holz- und Steinkreuzen geschmückt, die unter dem Eisernen Kreuz Namen, Geburts- und Todesdaten der Gefallenen, oft einen religiösen Spruch, niemals ein die französische Nationaleitelkeit irgendwie verletzendes Wort enthielten. Die deutschen Soldaten waren in zwei, drei Friedhofsabschnitten beieinander begraben. Von einigen Regimentern waren Massengräber angelegt, zu deren Häupten ein größerer Denkstein stand. Dieser Friedhof mußte im Frühjahr 1917 mit der Stadt und dem ganzen umliegenden Gebiet den Franzosen überlassen werden — kampflos. Wir haben ihn jetzt im Gefolge der großen Schlacht wieder gewonnen — wieder ohne Kampf. Der Friedhof, den ich gestern besuchte, befand sich in folgendem Zustand.

Um die deutschen Abschnitte hatten die Franzosen eine Wand von schwarzer Teerpappe gezogen. Uebermannshoch, so daß der Besucher von diesen Gräbern nichts sehen konnte als nur die schwarze Scheidewand. Unsere Toten waren also abgeschlossen worden von den übrigen Toten. Gleichsam als wären sie ein anderes Geschlecht, ein Geschlecht von Pestkranken, die noch im Tode zu meiden sind, waren sie den Blicken und der Berührung der ganzen Welt entzogen. Man pflanzte keine Hecken von Lebensbäumen, um Grimm und Trotz auch über den Tod hinaus zu dokumentieren. Man zog eine schwarze Pappwand um sie — eine Wand des Hasses, der Verachtung, des Ekels — um diese unschuldigen Toten, die das brennende Schicksal verzehrt hatte wie tausend andere auf allen Seiten, in allen Völkern. Aber dies war nur der Anfang. Wir betraten die Grabstätten, die uns teuer sind. Daß die Gräber verwahrlost waren, wunderte uns nicht mehr. Aber von allen Steinen waren die Eisernen Kreuze abgemeißelt. Die Namen von vielen waren mit dem Hammer herausgeschlagen. Die schwarzen Marmorplatten zertrümmert. Die Kreuze abgehauen. Die Kruzifixe entfernt. Die rührend einfachen Holzschilde der Aermsten ausgerissen und auf den Hügel geworfen. Grabsteine umgehauen. Die Denkmäler über den Massengräbern in Schutthaufen verwandelt. So sah der deutsche Friedhof aus; schwarz eingepfercht wie ein Henkersplatz — und innerhalb der schwarzen Umrahmung ein teuflisches Theater der Schändung an dem einzig Heiligen, was über allen Nationen steht — der Ruhe der Toten.

Wer hat dies Verbrechen begangen? Nicht die Engländer, die erst kürzlich diesen Frontabschnitt übernahmen, sondern die Franzosen. Und nicht im Rausch des Augenblicks ist es begangen, nicht im Kampf auf Leben und Tod. Sondern Nesle lag ein Jahr lang weit hinter der Front. Die Einwohner lebten in der Stadt und bestellten draußen ihre Aecker. Die französischen Behörden schalteten uneingeschränkt im ganzen Departement. Ein Jahr lang hat diese Schande unter ihren Augen gelegen. Sie haben sie geduldet, gebilligt, wenn nicht gefördert. Tausende von Fremden aus ganz Frankreich haben während dieses Jahres das „befreite" Nesle besucht. Alle haben sie gesehen — diese Schande — sie wurde nicht bedeckt, nicht wieder gut gemacht. Sie kann nicht das Werk eines einzelnen sein. Die Schande von Nesle klebt an dem ganzen französischen Namen.

Die weltgeschichtlichen Tage, in denen zwischen Paris und dem Meere um die Ruhe Europas blutig gerungen wird, sind zu groß für Beschimpfungen von Volk zu Volk. Eins aber muß nun auch hier gesagt werden. Die französische Nation hatte vor allen andern den Ruf der Ritterlichkeit. Niemand in Deutschland hat an diesen Ruf mehr geglaubt als die deutsche Arbeiterschaft. Dieser Ruf ist im Laufe des Krieges durch Hunderte von Fällen nichtswürdiger Entehrung wehrloser Gefangener durchlöchert. Weder Serben noch Russen, Italiener und Engländer haben sich aufgeführt wie die bürgerlichen Männer und Frauen Frankreichs — weit hinter der Front. Mit dem erblichen Skeptizismus der Deutschen haben wir viele dieser Fälle achselzuckend bezweifelt. Der geschändete Friedhof von Nesle ist kein Achselzucken. Wir müssen umlernen in bezug auf die Franzosen — gänzlich umlernen.

Dr. Adolf Köster, Kriegsberichterstatter.

Politische Uebersicht.

Ein weiter Bogen um die Kriegervereine.

Einen sehr bezeichnenden Klagegesang über den zurückgehenden Einfluß der Kriegervereine stimmt die Rheinisch-Westfälische Zeitung an. Der Artikel beginnt mit dem Bekenntnis, daß die Hurrastimmung von 1914 bei Hunderttausenden von Kriegsteilnehmern keinen Platz mehr findet. Die vierjährige Kriegsdauer habe eine Atmosphäre geschaffen, „die den Weizen der Sozialdemokratie blühen läßt". Besondere Beklemmung verursacht dem Unternehmerorgan das rasche Wachstum des „Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer", den es eine „sozialdemokratische Kriegervereinsbewegung" nennt, obwohl es selber die parteipolitische Neutralität des Bundes zugestehen muß. Richtig ist allerdings, daß dieser Bund in ganz anderem Geiste geleitet wird als die Kriegervereine. Das rheinische Schwerverdienerorgan fragte nun schmerzbewegt, was gegen das Wachstum dieses Bundes unternommen werden könne und empfiehlt zunächst die mit dem Wohlwollen der Firma Krupp gegründete gelbe Essener Kriegsbeschädigtenvereinigung. Diese reiche aber nicht aus, weil sie nur die Kriegsbeschädigten, nicht auch die Kriegsteilnehmer organisiere. Deshalb müssen die Kriegervereine mobilisiert werden. Aber ach, hier steht es schlimm. Die R.-W. Z. jammert:

Es wäre nun das aller naheliegendste, daß in der Kriegsteilnehmerfrage sich die Kriegervereine ins Zeug werfen. Daß diese sich bis jetzt **noch nicht gerührt** haben, liegt an ihrem Unvermögen. **Unsere Kriegervereine atmen einen Geist, der der heutigen Zeit nicht mehr entspricht.** Nach dem kurzen Kriege von 70 und 71 war die Hochflut der Begeisterung unter den Kriegsteilnehmern noch nicht verebbt; sie fühlten voll Stolz, daß sie auf Grund ihrer Taten und Erlebnisse sich von der übrigen Bevölkerung abhoben und nahmen mit Freuden jede Gelegenheit wahr, um dieses auch nach außen hin zu zeigen. Heute ist das anders geworden. Unsere Feldgrauen mit ihrer jahrelangen Kriegsdienstzeit haben draußen so oft den Parademarsch, das Stillgestanden und das Gewehrüber **geübt, daß sie sich nicht nach einer Fortsetzung im Frieden sehnen.** Sie haben geradezu **einen Hunger nach dem Zivilistentum** und werden **einen weiten Bogen um die Kriegervereine in ihrer heutigen Form machen. Wollen daher die Kriegervereine nicht das Feld dem sozialdemokratischen Kriegsteilnehmerbund in Berlin** überlassen, dann müssen sie sich dem heutigen Zeitgeist anpassen.

Es wird dann hervorgehoben, daß hierzu Anfänge gemacht wären und daß sich die Kriegervereine der Kriegsbeschädigtenfürsorge widmen wollten. Aber das kann doch nicht den Eindruck der vernichtenden Kritik auslöschen, die hier von schwerindustriell-rechtsnationalliberaler Seite an Geist und Wesen der Kriegervereine geübt wird. Wenn wirklich — was wir bezweifeln — die Kriegervereine sich jetzt modernisieren wollen, so spricht ja der Artikel der R.-W. Z. deutlich genug aus, aus welcher Ursache dies geschieht. Die Angst vor der Konkurrenz des Berliner Bundes ist hier das allein treibende Motiv. Das werden auch die Kriegsteilnehmer beachten und weiterhin „einen weiten Bogen um die Kriegervereine" machen.

Letzte Nachrichten.

Görlitz, 17. April. Der Kommandeur des IV. griechischen Armeekorps, Oberst Chadzopulos, ist morgens im hiesigen Krankenhause im 56. Lebensjahre an Gehirnschlag verstorben. Das Kommando über das IV. griechische Armeekorps übernahm Oberst Karakalos. Die Beerdigung Chadzopulos' wird am Sonnabend stattfinden.

Amsterdam, 17. April. Die Niederländische Telegraphenagentur meldet aus dem Haag, daß in den nächsten Tagen in der Zweiten Kammer eine Gesetzesvorlage eingebracht werden wird, durch die die Kriegsgewinnsteuer von dreißig auf fünfzig v. H. erhöht wird.

Amsterdam, 17. April. Times erfährt aus Toronto: Das kanadische Parlament hat die Absicht, die Expeditionsarmee dadurch zu verstärken, daß in Zukunft unverheiratete Männer und Witwer ohne Kinder bis zum 45. Lebensjahre aufgerufen werden

Letzte Lokal- und Provinznachrichten.

Halle, 18. April 1918.

Unfall. In der Railstraße fiel eine zwölfjährige Schülerin von der hinteren Plattform eines Anhängewagens der Stadtbahn und brach den linken Oberschenkel. Das Kind, das die Schuld an dem Unfall selbst treffen soll, wurde mit dem städtischen Krankenwagen der Königlichen Klinik zugeführt.

Selbstmordversuch. Am Mittwoch vormittag sprang in der Nähe des Landesgestüts Kreuz ein 17 Jahre altes Dienstmädchen in selbstmörderischer Absicht in die Saale. Es wurde aber von Soldaten in bewußtlosem Zustande aus dem Wasser geholt. Nach angestellten Wiederbelebungsversuchen, die von Erfolg waren, wurde das Mädchen mit dem städtischen Krankenwagen nach der Königl. Klinik gebracht. Angeblich ist seine schlechte Behandlung durch die Herrschaft der Grund zur Tat.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Nudeln. Von Freitag an auf Marke 160 des Warenbezugsscheins 15 jede Person ¼ Pfund.

Räucherfische. Während der nächsten Zeit ohne besondere Ankündigung auf Abschnitt 164 des Warenbezugsscheins 13 jede Person ⅕ Pfund.

Eier. Freitag, vormittags von 8—12 Uhr Nr. 45501—50000, nachm. von 2—6 Uhr: Nr. 50001—56000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person ein Stück für 33 Pfennig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180418-15/fragment/page=0003

Die neuen Rechtsverträge mit der Türkei.

Der Deutschen Orient-Korrespondenz wird geschrieben: Am 9. April dieses Jahres sind im Auswärtigen Amte zu Berlin die Ratifikationsurkunden zu den im Januar v. J. unterzeichneten Rechtsverträgen zwischen Deutschland und dem Osmanischen Reich ausgetauscht worden. In den Verträgen ist festgesetzt, daß ihre Geltung drei Monate nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft tritt. Mithin erlangen am 9. Juli d. J. die neuen Verträge ihre Gültigkeit. Damit treten grundlegende Aenderungen auch auf vielen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens im Verkehr mit der Türkei ein. Die Osmanische Regierung war bereits jahrelang vor dem Kriege bestrebt, die in der Türkei von den fremden Konsularbehörden ausgeübte Gerichtsbarkeit sowie die auf Grund dieser Gerichtsbarkeit den Fremden zustehenden Vorrechte und Befreiungen zu beseitigen, da sie darin eine schwere Beeinträchtigung ihrer nationalen Würde und Unabhängigkeit erblickte. Sie hat daher die durch den Ausbruch des Krieges geschaffene Lage benutzt, um die sogenannten Kapitulationsrechte aufzuheben. Zur Begründung dieses Schrittes hat die Osmanische Regierung darauf hingewiesen, daß das System der Kapitulationen den Fortschritt des Landes hemme und eine unbillige Privilegierung der Ausländer zu ungunsten der Einheimischen in sich schließe. Zur Beseitigung dieses Zustandes rief sie den Beistand des verbündeten Deutschen Reiches an. In öffentlichen Kundgebungen haben namhafte Staatsmänner der Türkei die Befreiung des Landes von der Last der Kapitulationen geradezu als ihr eigentliches Kriegsziel bezeichnet. Bei dieser Sachlage zögerte Deutschland nicht, mit Rücksicht auf die zwischen den beiden Reichen bestehenden engen Beziehungen, in Verhandlungen mit der Regierung in Konstantinopel wegen der Beseitigung der Kapitulationen einzutreten.

Die deutschen Kapitulationsrechte in der Türkei gehen auf die Bestimmungen des preußisch-türkischen Freundschafts- und Handelsvertrags vom Jahre 1761 zurück. Diese Bestimmungen sind durch einen Vertrag vom Jahre 1840 auf das Gebiet des Zollvereins ausgedehnt und finden seit dem Jahre 1871 auf die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und der Türkei Anwendung. Nach dem Inhalte der Kapitulationen steht den Konsuln des Reichs in der Türkei das Recht zu, die Gerichtsbarkeit über Deutsche und deutsche Schutzgenossen auszuüben. Ausgenommen von der Konsulargerichtsbarkeit sind solche gerichtliche Angelegenheiten, bei denen Türken beteiligt sind; hier wurden jedoch die Rechte von Angehörigen oder Schutzgenossen der Kapitulationsmächte durch eine Mitwirkung konsularischer Vertreter bei den Sitzungen der türkischen Gerichte überwacht. Ferner unterliegen Angelegenheiten, die türkische Grundstücke betreffen, ausschließlich der türkischen Gerichtsbarkeit.

Der Fortfall derartiger Sonderrechte ohne ausreichenden Ersatz hätte für die Deutschen in der Türkei empfindliche Nachteile zur Folge gehabt. Es mußte deshalb eine Regelung der Rechtsbeziehungen zwischen den beiden Ländern auf Grund einer vollkommen neuen Grundlage erfolgen. Sie ist erreicht durch den Abschluß von fünf Verträgen, die das Konsularwesen, den Rechtsschutz und die Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten, die Auslieferung und die Rechtshilfe in Strafsachen, das Recht der Niederlassung, sowie die Zuführung von Wehrflüchtigen und Fahrenflüchtigen betreffen. Nebenverträge dehnen die Geltung der Hauptverträge auch auf die Schutzgebiete des Deutschen Reiches aus. Durch dieses Vertragswerk werden die Rechtsbeziehungen zwischen den beiden Ländern, insbesondere die Rechte der Angehörigen des einen Teiles in dem Gebiete des andern Teiles und ihr Schutz durch die gegenseitigen Behörden und Konsularvertretungen in so umfassender Weise geregelt, wie dies bisher zwischen zwei Mächten durch gleichzeitige Vereinbarungen niemals geschehen ist. Dabei ist es im Rahmen des modernen Völkerrechts, der Gegenseitigkeit und der Rücksichtnahme auf die Eigenart der beiden Rechtssysteme gelungen, in den Verträgen alles vorzusehen, was erforderlich ist, um die rechtlichen Interessen der Deutschen in der Türkei nach dem Wegfall der Kapitulationen ausreichend zu sichern.

Marinefragen vor dem Hauptausschuß.

Der Hauptausschuß nahm seine Arbeiten am Dienstag vormittag wieder auf, um zunächst Marinefragen zu erörtern. Dem Ausschuß sind nur die fortlaufenden und die einmaligen Ausgaben übermiesen. Für die Verwaltung der Marine werden eine große Zahl neuer Stellen angefordert. Das Kriegsmarineamt hat eine Denkschrift über die Beamtenverhältnisse ausgearbeitet, die mit zur Beratung gestellt wird.

Abg. Noske bringt zum Ausdruck, daß die Neuforderungen nicht erfreulich sind, die Verwaltung müsse sich auf Sparsamkeit einrichten. Eine ganze Reihe Beamtenstellen können mit weiblichen Arbeitskräften besetzt werden. dann können die Kräfte einer großen Anzahl Männer besser zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft nutzbar gemacht werden. Die Wünsche der mittleren und unteren Beamten sind zweifellos berechtigt, soweit irgend möglich muß ihnen Rechnung getragen werden. Eine endgültige Regelung wird allerdings erst möglich sein, wenn wir unser ganzes Besoldungswesen auf eine neue Grundlage stellen.

Staatssekretär v. Capelle begründet dann die Notwendigkeit der Vermehrung der Beamtenstellen, die sich auf das notwendigste beschränken. Das Reichsmarineamt ist mit der Tendenz einverstanden, wo es angeht, weibliche Arbeitskräfte zu verwenden. Redner bespricht dann eingehend die Beamtenverhältnisse bei der Marine, die gegenüber anderen Ressorts unter ganz abnormen Verhältnissen arbeitet. — Abg. Frhr. v. Gamp tritt den Ausführungen des Abg. Noske bei, die Marineverwaltung muß gehalten werden, in großem Umfange Kriegsinvaliden aufzunehmen. — Abg. Dr. Struwe ist der gleichen Meinung und setzt auseinander, daß im Laufe des Krieges die Zahl der Beamten erheblich vermehrt worden ist, so daß an neue Bewilligungen nur mit der größten Vorsicht herangegangen werden kann. Eine Menge Mißhelligkeiten ließen sich beseitigen, wenn man endlich dazu übergehen würde,

Beamten-Ausschüsse

einzurichten. Redner bespricht dann die Spezialwünsche einer Reihe Beamtenkategorien.

Staatssekretär v. Capelle: Nach dem Kriege wird das Beamtenrecht geändert werden müssen. An Wohlwollen für die Beamten lasse es die Marineverwaltung nicht fehlen, aber sie könne für sich allein keine Beamtenausschüsse einsetzen. Auf keinen Fall könnte man aber solchen Ausschüssen das Recht zugestehen, in die Organisation der Betriebe hineinzureden. Auf die Kriegsinvaliden soll Rücksicht genommen werden, aber die vorhandenen Anwärter dürfen darunter nicht leiden.

Abg. Giebel (Soz.) kritisiert, daß in Kiel noch immer eine besondere Baudivision besteht, durch die teuere Kräfte nutzlos verwendet werden. Die Gründe des Staatssekretärs gegen Beamtenausschüsse sind nicht stichhaltig. Man dürfe sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß alle Weisheit nur von oben komme. In Ostende ist der Vorsitzende des Angestelltenausschusses mit 8 M. Geldstrafe belegt worden, weil er während der Arbeitszeit eine Sitzung anberaumt hat. Daß es bei der Demobilisierung an Beamten fehle, treffe nicht zu, es sind genügend Beamte vorhanden, die noch auf eine etatsmäßige Anstellung warten. Die Klagen aus den Reihen der Beamten sind zahllos. Im Schiffsbau liegen die Verhältnisse besonders trostlos, dort müssen mehr etatsmäßige Stellen geschaffen werden. An das Wohlwollen des Staatssekretärs für die Beamten sei nach alten Erfahrungen schwer zu glauben. Böses Blut mußte es machen, daß man rechtmäßige Lohnaufbesserungen auf Kriegsbeihilfen angerechnet hat. Die Marineverwaltung ging sogar so weit, daß sie es ablehnte, mit den Vertretern der Angestellten in den besetzten Gebieten zu verhandeln, wiewohl bekannt sein muß, daß die Tagegelder in Flandern und in Kurland absolut unzureichend sind. Auf Eingaben der Beamten ist nicht einmal geantwortet worden. Daß das Reichsmarineamt sich immer wieder von Angestellten verklagen läßt und dann diese Prozesse stets bis zu der höchsten Instanz treibt, ist jedenfalls recht bezeichnend; meist wird das Reichsmarineamt verurteilt. Redner fragt, ob es richtig sei, daß die Absicht bestehe, die Marinebetriebe, insbesondere die Werftbetriebe, zu militarisieren.

Abg. Dr. Struwe ergänzt die Angaben des Vorredners noch durch eine Reihe von Beispielen und wendet sich scharf gegen die ablehnende Haltung des Staatssekretärs gegenüber der Errichtung von Beamten-Ausschüssen. In ganz untergeordneten Stellen werden sogar pensionierte Admirale verwendet.

Abg. Gröber (Z.) hält die Einwendungen gegen die Errichtung von Beamtenausschüssen als ganz unzutreffend. Eine Behörde müsse einmal den Anfang damit machen. Für die Dauer sei der Widerstand nicht aufrechtzuerhalten, denn der Beamte darf nicht schlechter gestellt werden als wie der Arbeiter.

Staatssekretär v. Capelle geht auf die Ausführungen des Abg. Giebel ein und versucht das Verhalten der Marinebehörden zu rechtfertigen. Die Arbeiter sollen bei der Gewährung von Kriegszulagen nicht anders behandelt werden, als wie die Arbeiter. Daß im Reichsmarineamt eine Prozeßsucht herrsche, sei unzutreffend. Die Vertreter der Arbeiter in Flandern konnten nicht empfangen werden, weil sie zum Operationsgebiet gehören, für das nur der dortige Admiral zuständig ist. Die Militarisierung der Werften ist bis jetzt nicht beabsichtigt. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts ist nicht berechtigt, Beamtenausschüsse einrichten zu können, zuständig dafür ist der Reichskanzler und das Reichsamt des Innern. — Ein mittlerweile eingelaufener Antrag fordert die Streichung von fünf Intendanturräten und zehn Intendantursekretären. Gegen diesen Antrag wendet sich der Staatssekretär, der darin vom Abg. Boller (Natl.) lebhaft unterstützt wird.

Abg. Gothein empfiehlt den Antrag, weil diese Stellen nur für die Uebergangszeit gebraucht werden. Werden sie aber jetzt bewilligt, dann bleiben sie für alle Zukunft. — Abg. Giebel bedauert die ablehnende Haltung des Staatssekretärs zu den Arbeiterausschüssen; der Reichstag müsse in dieser Frage den schärfsten Druck ausüben. / Die Angestellten wollen nicht besser gestellt sein als wie die Beamten, aber sie fordern das, was ihnen zusteht. Die Verhältnisse der Angestellten in den besetzten Gebieten sind einfach unerträglich. Wie steht es mit der Versorgung der durch Fliegerangriffe Geschädigten und ihrer Hinterbliebenen? Für sie muß gesorgt werden.

Bei der am Mittwoch fortgesetzten Beratung erklärte Staatssekretär v. Capelle: Bei der großen Bedeutung die der Frage der Beamtenausschüsse hier beigemessen wird, betone ich, daß ich ein prinzipieller Gegner solcher Ausschüsse nicht bin. Aber die Zahl der bei der Marineverwaltung beschäftigten Beamten ist im Hinblick auf die Zahl der Beamten bei den Eisenbahnverwaltungen, der Post usw. verschwindend gering. Diesen Verwaltungen kann ich nicht vorgreifen. Wird eine Einschließung auf Einsetzung von Beamtenausschüssen in den Marinebetrieben angenommen, so bin ich gerne bereit, sie an das Reichsamt des Innern weiterzuleiten mit dem Bemerken, daß es sich um eine dringliche Forderung des Reichstags handel, deren Erfüllung sich die Regierung auf die Dauer wohl nicht entziehen könne.

Bekanntmachung

betr. Ausfuhr von Pferden nach Bezirken nichtpreußischer Heeresverwaltungen. (Sachsen, Bayern, Württemberg.)

§ 1.

Die mit Bekanntmachung vom 6. 11. 17 erfolgte Außerkraftsetzung der Verordnungen
vom 3. 8. 1916 betr. Verbot des Verladens und der Ausfuhr von Pferden,
vom 22. 1. 1917 betr. Verbot des Ortswechsels von Pferden
gilt nur für den Bereich der preußischen Heeresverwaltung. Für die Ausfuhr von Pferden aus dem Bereiche des IV. A. K. — mit Ausnahme des Kreises Ronneburg — nach Sachsen, Bayern und Württemberg sind diese Verordnungen fernerhin anzuwenden, soweit sich nicht aus den nachfolgenden Bestimmungen ein anderes ergibt.

§ 2.

Das Verbot gilt für Pferde jeden Alters (auch für Fohlen) und ohne Rücksicht auf die Kriegsbrauchbarkeit sowie auch für die Ankäufe der militärischen Dienststellen in diesen nichtpreußischen Heeresverwaltungen.

§ 3.

Wer entgegen dem Verbote Pferde nach Sachsen, Bayern oder Württemberg verbringen oder verladen will, bedarf für jeden Fall eines besonderen schriftlichen Erlaubnisscheines der Pferdeankaufskommission des IV. A. K. Halle-Saale, der dort schriftlich rechtzeitig zu beantragen ist. Der Antrag muß enthalten kurze Begründung, Kennzeichen und Alter des Pferdes.

§ 4.

Die von der Pferdeankaufskommission ausgestellte Ausfuhrgenehmigung dient zugleich als Ausweis beim Verladen mit der Eisenbahn.

Die Eisenbahnstationsvorstände sind durch ihre Direktionen und durch die Linienkommandanturen angewiesen, das Verladen von Pferden nach Sachsen, Bayern und Württemberg nur gegen Vorlegung dieser Bescheinigung zu gestatten. Mit der Ueberwachung des Verbringens werden die Landratsämter, Kreisdirektionen und Polizeiverwaltungen beauftragt.

§ 5.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft, sofern die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

Der Versuch ist strafbar.

§ 6.

Die Verordnung tritt am 20. April 1918 in Kraft.

Magdeburg, den 10. April 1918.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
Sontag,
Generalleutnant. [1117

Hallescher Hausfrauenbund (E. V.)
Rathausstr. 17 I — Geöffnet täglich von 10—12 Uhr
Kochkisten-Verkauf
(Stück von 6.50 M. an)
und Beratung
Verkauf von **Petroleum-Sparlampen** zum Preise von **15 Pf.** das Stück.
Anleitung zur **Herstellung von Hausschuhen.**
Unterrichtsgeld 1 Mark, für Mitglieder 30 Pf.

Nur noch heute!
Alte Promenade 11a Fernruf 5736. — **U.T** — **Leipziger Straße 88** Fernruf 1224.
Bruno Decarli in:
Das Geheimnis des Ingenieurs Branting.
Drama in 3 Akten.
Schwiegermutter.
Humoristisches Spiel in 3 Akten.
Frank Boyers Diener
Filmschauspiel in 4 Akten.
In der Hauptrolle: [1113
Carl Götz, Wien.
Fräulein, sind Sie meine Frau?
Ein lustiges Rätselraten in 3 Akten.
Ab Freitag, den 19. April:
Dem Lichte entgegen!
Filmwerk in 3 Akten.
Der Rodelkavalier.
Lustspiel in 3 Akten.
Viggo Larsen
in dem Drama:
Das Abenteuer einer Ballnacht
Papachen macht einen Seitensprung.
1121] Lustspiel in 3 Akten.
Anfang 4 Uhr.

Achtung! Hausfrauen!
Geld liegt in allen Winkeln. Zahle für
100 Kilo Strumpfwolle . . . . . 160 M.
100 „ Orig. Lumpen . . . . . 15—30 „ [955
100 „ Neutuch . . . . . 100 „
100 „ Knochen . . . . . 10 „
Zahle für Akten, Bücher, Zeitungen und Altpapier höchste Preise.
Alle Sorten Felle und Roßhaare höchste Tagespreise.
Hole auf Wunsch auch selber ab.
Paul Günther, Rohprodukte, Taubenstr. 3 Hof, hinten links.
Tel. 6176. **Alles wird streng reell gewogen.** Tel. 6176.

Die Internationalität und der Krieg
von Karl Kautsky — Preis 20 Pf.
Elsaß-Lothringen und die Sozialdemokratie
von Hermann Wendel — Preis 40 Pf.
Zu haben in der
Buchhandlung Volksstimme, Halle
Gr. Ulrichstraße 27.

Arbeiter-Notiz-Kalender
für 1918
wieder vorrätig in der
Buchhandlg. Volksstimme
Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Markttaschen in Bast und Kunstleder
Stück 8.75, 6.95, 5.25, 3.25, 2.25, 1.88.
Einkaufsbeutel in verschied. Formen
Stück 4.35, 3.95, 2.98, 1.96, 1.38.
Marktnetze Stück 2.48, 2.18, 1.98.
Hand- und Waschkörbe
in großer Auswahl
zu billigen Preisen.
Kaufhaus [1099
H. Elkan, Leipziger Str. 87.

Fast neue echte [928
Möbel aller Art
Küchen, Schlafzimmer-Einrichtungen, Nußb.-Schränke, Vertikos, Sofas, Matratzen (große Auswahl) empfiehlt
R. Sachse, Hohenmölsen, Lützener Str. 7.

Grau-Papagei
Nähe Tierarzt-Kaserne **entflogen.** Wiederbringer erhält **hohe Belohnung.**
Cäcilienstr. 9, part. [1120

Neu eingetroffen
Gummisohlen,
billigst für Herren und Damen [943
Herren-Absätze,
in allen Größen
Damen-Absätze,
in allen Größen von 40 Pf. an.
Gummiwaren-Haus
Gr. Ulrichstr. 35.

Arbeiter,
abonniert die Volksstimme!

Stadt-Theater
Freitag, 19. April 1918
Anfang 7.30 Uhr — Ende 10 Uhr
Hannele Himmelfahrt.
Traumdichtung von Gerhart Hauptmann.
Sonnabend nachmitt: **Das Dreimäderlhaus,** abends: **Das Käthchen von Heilbronn.**

Thalia-Theater
Gastspiele des Stadttheater-Personals
Sonntag, den 21. April 1918 abends 7½ Uhr: [1119
Jugendfreunde
Lustspiel von Fulda.

Gasthof zu Runthal.
(Inh. Schmidt.)
Sonntag, den 21. April, von abends 8 Uhr an:
Wohltätigkeitskonzert,
ausgeführt v. Gesangverein
Arbeiter-Sängerchor,
Hohenmölsen.
Zu zahlreichem Besuch laden höflichst ein [1118
Der Wirt. Der Vorstand.

Der Wahre Jacob
Nr. 2
Preis 15 Pfennig
Buchhandlung Volksstimme
Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180418-15/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 90. Halle, Donnerstag den 18. April 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 18. April 1918.

Das städtische Leihamt.

In unserer privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung, die auf dem Grundsatz aufgebaut ist: „Geld, Geld ist die Hauptsache", hat sich das Leihamt zu einer unerläßlichen Einrichtung entwickelt. So besitzt denn auch die Stadt Halle ein Leihamt als kommunales Unternehmen.

In seinen Räumen an der Marienkirche herrschte in Friedenszeiten und während der ersten Zeit nach Kriegsausbruch ein reges Leben und Treiben. Fast zu jeder Zeit während der Geschäftsstunden sah man ärmlich, ab und zu auch besser gekleidete Frauen, seltener auch Männer, mit mehr oder minder großen Paketen in den Armen das Haus betreten, in dem die Armut ein- und ausgeht, um hier einiges bares Geld für des Lebens Nahrung und Notdurft zu erhalten, selbst unter Hingabe manchmal auch des Unentbehrlichsten als Pfand. Alles wurde geeignet befunden, in die Schränke des Leihamtes zu wandern, vom Hemde über die Taschenuhr und den Paletot bis zu den Schmuckgegenständen.

Wie große Geschäfte das Hallesche Leihamt zu bewältigen hatte, geht daraus hervor, daß vor Kriegsausbruch jeden Monat rund 3000 Pfandstücke zum Versatz kamen. Sie wurden mit 55 000 bis 70 000 M. taxiert und mit etwa 25 000 bis 30 000 M. beliehen. Die Einlösungen schwankten um dieselben Beträge, sie waren je nach der „Konjunktur" größer oder kleiner. Immer wohl waren die Aufsucher des Leihamts der sicheren Hoffnung, ihre abgegebenen Pfänder zur rechten Zeit wieder einlösen zu können, gegen Bezahlung des mäßigen Zinssatzes, den das Leihamt zu nehmen berechtigt ist. Wie häufig ist aber diese Sehnsucht auf Wiedereinlösung getäuscht worden. Mancher, dem der versetzte Gegenstand lieb und wert gewesen war, und ihn nur ungern zum Versatz gebracht hatte, war infolge der Länge der Unmöglichkeit, ihn wieder zu holen, gezwungen, seinen Zusammenhang und sein inneres Verhältnis zu ihm aufzugeben und das Wertstück seinem Schicksal zu überlassen.

Im Halleschen Leihamt kamen vor dem Kriege jeden Monat rund 250 bis 300 Pandgegenstände zur Versteigerung; sie besaßen einen Taxwert immer von 3000 bis 4000 M. In Wirklichkeit wurden aber nur höchstens 2000 bis 3000 M. dafür eingenommen; häufig betrug der Versteigerungspreis nicht einmal zwei Drittel der Taxe. Hieraus ist ersichtlich, welchen großen wirtschaftlichen Schaden das Versetzen mit sich brachte. Trotzdem kann die „Existenzberechtigung" des städtischen Leihamtes in unserer Gesellschaftsordnung nicht bestritten werden, denn bei den privaten Pfandleihern, dem die Geldbedürftigen sonst anheim fallen, ist der Schaden, den sie erleiden, viel größer. Es braucht wohl nicht erst besonders begründet zu werden, daß die meisten Darlehnsnehmer, die es zur Versteigerung kommen lassen mußten, aus Mangel an Mitteln nicht imstande gewesen waren, ihr Eigentum einzulösen.

Die lange Kriegsdauer hat im Verkehr des Leihamtes einschneidende Veränderungen gebracht. Seine Benutzung hat fast gänzlich aufgehört. Nur selten lassen sich noch Besucher blicken, und wenn sie kommen, so meist nur zu dem Zwecke, um früher versetzte Pfänder wieder einzulösen. Der Grund ist zum geringeren Teil darin zu suchen, daß Arbeits- und Erwerbslosigkeit nur noch selten besteht. Damit ist auch in geringerem Umfange die Notwendigkeit zur Inanspruchnahme des Leihamtes vorhanden. Vor allem aber rührt diese Erscheinung daher, daß infolge der Knappheit aller Waren die Zahl der versetzbaren Gegenstände recht gering geworden ist. Wer schon etwas übrig hat, kann es leicht zum Mehrfachen des früheren Preises verkaufen und braucht kein Leihamt. Und wer schon etwas auf dem Leihhaus hat, der erlangt leicht „fremde Hilfe", um es wiederzu holen, weil eben der Wert des Gegenstandes sehr gestiegen ist und sich viele sonstige Liebhaber dafür finden. Die jetzt so geringe Inanspruchnahme des Leihamtes einzig und allein oder auch nur zur Hauptsache auf den „gehobenen Volkswohlstand" zurückzuführen, wäre verkehrt. Infolge der ungeheuren Preise für alle Notwendigkeiten des Lebens ist im allgemeinen die wirtschaftliche Lage nicht besser wie früher.

Die Versteigerungen im Leihamt haben überhaupt so gut wie vollständig aufgehört. Kleider und Stoffe, die als Pfänder verfallen sind, werden an die zuständigen Reichs- und Wirtschaftsstellen abgeführt. Verfallene Gold- und Schmucksachen werden der Goldankaufsstelle abgeliefert. So ruft auch hier der Krieg Umwälzungen hervor.

Die zukünftige Kohlenversorgung.

Umfangreiche Vorratsbeschaffung an die Gemeinden.

Im abgelaufenen Jahre hat die Kohlenversorgung erhebliche Schwierigkeiten bereitet. In Süddeutschland, aber auch in weiten Teilen Norddeutschlands war die Versorgung mit Hausbrand und die Versorgung der Gas- und Elektrizitätswerke nur sehr mangelhaft, und wenn der Winter härter gewesen wäre, würden zweifellos die größten Schwierigkeiten entstanden sein. Die Ursache für die mangelhafte Belieferung der Verbrauchszentren mit Kohlen war im Winter selbst die Transportmittelnot. Aber mit dieser Not mußte man von vornherein rechnen, und die Eisenbahnverwaltung hat auch rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht. Die Fehler in der Kohlenversorgung gehen zurück bis zum vorigen Sommer, in dem man keine weit ausschauende Vorratspolitik getrieben hat. Trotz der Mahnung der Eisenbahnverwaltung ist kein genügender Transport von Kohlen erfolgt, und so konnte gar kein Zweifel darüber bestehen, daß im Winter Schwierigkeiten vorhanden sein würden.

Deshalb will der gegenwärtige Reichskohlenkommissar, der für die Mißstände im vorigen Sommer nicht verantwortlich gemacht werden kann, für das kommende Jahr vorbeugen und rechtzeitig mit der Vorratsbeschaffung beginnen. Er hat über seine Absichten einem Vertreter des Berliner Tageblatts mitgeteilt, daß für das kommende Wirtschaftsjahr vom 1. Mai 1918 bis 30. April 1919 eine gründliche „Bevorratung" mit Hausbrandkohlen betrieben werden soll.

„Auf den Halden der Zechen liegen sieben 5 Millionen Tonnen Kohlen, die bei genügender Gestellung des rollenden Materials sofort zur Verfügung stehen. Bevor der Hausbrand, der auch die kleinen Betriebe bis zu einem Verbrauch von 10 Tonnen Kohlen umfaßt, versorgt wird, müssen natürlich die größten Verbraucher, die Eisenbahnverwaltung, Gasanstalten usw. beliefert werden. Erleichtert wird die Förderung der Kohlen im kommenden Wirtschaftsjahr dadurch, daß die Oberste Heeresleitung eine große Anzahl Bergarbeiter aus dem Militärdienst beurlaubt hat. Es kann demnach, wie es im Vorjahr der Fall war, nicht mehr passieren, daß die Förderung der Kohlen mit der Beförderung der Kohlen nicht Schritt hielt. Der Sommer, d. h. die Zeit vom 1. Mai bis 30. September, soll bereits zur Zufuhr der Kohlen, teils zur Befriedigung des laufenden Bedarfs, teils zur Bevorratung dienen. Bei der Bevorratung sind dieselben Gegenden zu bevorzugen, deren Versorgung im Winter erfahrungsgemäß schwierig ist. So die Gegenden, die auf Wasserstraßen angewiesen sind, ferner Ost- und Westpreußen sowie Süddeutschland, das wenig Kohlengebiete aufweist.

Die Abstempelung der Hausbrandbestellscheine hat vielfach zu Mißständen geführt und soll durch Herausgabe von Bezugsscheinen durch den Reichskommissar ersetzt werden. Die Bezugsscheine werden vom Reichskommissar gestempelt und den Kommunen in Höhe ihrer Kontingents übergeben. Die Bezugsscheine werden so gestückelt, daß sie auf einen Waggon (durchschnittlich 15 Tonnen) oder über größere Mengen lauten. Die Zuteilung nach Brennstoffarten (Stein- oder Braunkohle usw.) und Herkunftsgebieten (Schlesien, Westfalen usw.) ist für das Sommerkontingent noch nicht möglich. Erhebungen, die die getrennte Zuteilung für das Winterkontingent ermöglichen sollen, werden angestellt. Die Kommune stempelt die Bezugsscheine ebenfalls und verteilt sie an Händler und unmittelbare Bezieher. Der Bezugsschein ist der Bestellung beizufügen und geht an die Vorlieferer bis zu demjenigen, der die Versandaufträge an die Zechen gibt. Die Lieferung ist nur gegen Bezugsschein zulässig. Die Bezugsscheine sollen nicht mit einemmal für das ganze Kontingent, sondern ratenweise, und zwar in verschiedenen Farben ausgegeben werden. Durch die Vorschrift, daß Bezugsscheine einer späteren Farbe erst beliefert werden dürfen, wenn die Bezugsscheine der früheren Farbe erledigt sind, soll die häufig beklagte Ungleichheit, daß der eine Kommunalverband seine Bestellscheine beliefert erhält, der andere aber nicht, beseitigt werden. Bei der Verteilung der Bezugsscheine soll die Kommune tunlichst die bestehenden Handelsbeziehungen beachten. Erhebungen über die bestehenden Handelsbeziehungen werden vom Reichskommissar veranlaßt werden, um dem Schleichhandel entgegenzutreten und eine zweckmäßige Verteilung des Kontingents für den Winter ermöglichen. Geplant ist eine Konzessionierung des Kohlenhandels. Der Zeitpunkt, an dem diese Konzessionierung eintritt, wird noch festgelegt.

Die Bevorratung während des Sommers soll mit Rücksicht auf die Abfuhrschwierigkeiten in der ungünstigen Jahreszeit möglichst bei jenen Verbrauchern stattfinden, die ihre Vorräte im Keller oder sonstigen Räumlichkeiten lagern müssen. Natürlich werden diese Lager auch von den Kommunen und Händlern angelegt, um sei gegebener Zeit verteilt zu werden. Die Mengen, die die einzelnen Verbraucher erhalten, werden von den Kommunen bestimmt; sie dürften sich im Rahmen des Vorjahrs halten.

Für die Industrie wird sich das System der Kohlenverteilung weit straffer als im Vorjahre gestalten. Unter Mitwirkung der Kriegsamtstellen wird eine genaue Feststellung erfolgen, welche Betriebe kriegswichtig und welche weniger wichtig sind. Letztere werden weit weniger Kohlen erhalten als bisher, während die Kriegsindustrie bevorzugt wird. Die Kriegsindustrie wird außerdem veranlaßt, die Beziehungen zu ihren Lieferanten fester zu gestalten, so daß die einzelnen möglichst nur von einem Lieferanten bezogen sollen. Der Einkauf bei anderen Produzenten ist dann erlaubt, wenn eine Lieferung auf dem alten Wege durch irgendwelche Schwierigkeiten nicht möglich ist. Jedenfalls muß aber jeder Bezug der zuständigen Stelle genau angemeldet werden."

---

* **Waschregeln für nur „kriegsreine" Wäsche.** Auf Veranlassung der Reichsbekleidungsstelle fand in Berlin ein Vortrag statt, der die Frage: „Wie schone ich meine Wäsche?" beantwortete. Was die Vortragende, Frau Dr. Heuß, dabei empfahl, war wohl für kundige Hausfrauen nicht neu. Aber in dieser Zeit des Mangels an Wäsche und an guten Waschmitteln kann auch das Alte nicht oft genug wiederholt werden. Beachtenswert ist vor allem der Hinweis, daß die jetzt in den Handel kommenden Waschmittel, die Pulver und Laugen, viel schärfer als sonst sind. Sie müssen dementsprechend schwächer als sonst angesetzt werden, damit sie nicht die Wäsche zerfressen. Auch gegenüber dem K.-A.-Seifenpulver ist Vorsicht geboten, weil es Soda in bedeutender Menge, bis zu 50 Prozent, enthält. Pulver, Soda usw., sollen nie trocken auf die Wäsche gestreut werden, sondern sind immer vorher in Wasser aufzulösen und so zuzusetzen. Beim Kochen im Kessel ist die Wäsche dauernd unter der Waschlauge zu halten. Die viel angepriesenen Tonwaschmittel haben, sagte die Vortragende, sehr wenig Waschwert, verschmieren die Wäsche und machen sie unansehnlich. Der Rat, durch Auffangen von Regenwasser sich ein besonders weiches Waschwasser zu schaffen, das Seife spart, ist wohl schwer zu befolgen. Daß man zur Ersparung von Waschmitteln und Feuerung gut vorweichen muß, zur Schonung der Wäsche so scharfe Wasch- und Bleichmittel wie Natlauge und Chlorkalk vermeiden muß, ist wohl allgemein bekannt. Auf Versammlungsteilnehmerinnen wurde eine Zusammenstellung kurzgefaßter Regeln überreicht, von denen einige sehr „kriegsfestgemäß" klingen. Gewahrt wird unter anderem: „Wasch nicht nach gewohnter Frist, sondern nur wenn's nötig ist!" und: „Kriegsrein, das genüge heut', schneeweiß bleibt für Friedenszeit!"

* **Zur Beschlagnahme von Einrichtungsgegenständen** bei Industrie, Handel und Gewerbe wird von der Handelskammer darauf aufmerksam gemacht, daß hiervon auch diejenigen Einrichtungsgegenstände betroffen werden, die zur gewerbsmäßigen Veräußerung oder Verarbeitung sich auf den Lägern von Industrie, Handel und Gewerbe befinden. Diese sogenannten Handelswaren fallen zwar unter die Beschlagnahme nach § 4, jedoch nicht unter die Enteignung nach § 5 der Bekanntmachung. Sie sollen nicht bei den beauftragten Behörden, d. h. den kommunalen Sammelstellen abgegeben, sondern unverzüglich der Kriegsmetall-Aktiengesellschaft zum Ankauf angeboten werden. Im Interesse der Metallbesitzer dürfte es liegen, sich hierbei der Vermittlung der in unserem Bezirk errichteten Vertrauensstelle für freiwillige Sammelallgabe (Dipl.-Ing. Volhard in Halle, Kronprinzenstr. 2) zu bedienen und nicht erst die Sonderenteignung dieser Gegenstände abzuwarten. Gleichzeitig werden die gewerblichen Kreise nochmals darauf hingewiesen, auch alle anderen in ihrem Betriebe befindlichen mobilen Materialien aus Kupfer, Kupfer-Legierungen, Nickel, Nickel-Legierungen, Aluminium und Zinn etc. durch Vermittlung der Vertrauensstelle anzubieten, da sie andernfalls mit der zwangsweisen Erfassung dieser Bestände rechnen müssen.

Handel und Wandel.

14] Von F. W. Hackländer.

Meine Anspielung auf den ersten Stock hatte den unglücklichen Philipp sichtlich aufs tiefste erschüttert, und ich hätte gar zu gern gewußt, was es mit der Geschichte für eine Bewandtnis habe. Natürlich durfte ich nicht merken lassen, daß ich eigentlich nichts davon wisse, ich nahm mir aber fest vor, bei der nächsten Gelegenheit meinen Kollegen auszuforschen. So sanftmütig dieser überhaupt war, so grenzte doch heute seine Nachgiebigkeit und Freundlichkeit ans Unglaubliche. Ich wurde wirklich gerührt, als er kurz nach Oeffnung des Ladens eigenhändig aus dem Keller eine Handvoll Sauerkraut holte, das er mir als Universalmittel gegen meinen derzeitigen Zustand anpries, und ob ich es gleich mehr in der Absicht verspeiste, ihm einen Beweis meines Zutrauens zu geben, so muß ich doch gestehen, daß es auf meinen Magen die beste Wirkung ausübte. Meine Furcht, er möchte mich wegen des gestrigen Exzesses beim Prinzipal und der Jungfer Barbara verklagen, verschwand völlig, vielmehr trieb er seinen Edelmut so weit, daß er letztere auf die Blässe meiner Wangen aufmerksam machte, und ihr dabei zu verstehen gab, er vermute, ich habe aus Gewissensbissen über die Unart, die ich gestern gegen sie begangen, die ganze Nacht kein Auge zugetan und ich gräme mich sichtlich deswegen ab.

Diese Voraussetzung zerteilte in etwas die finsteren Wolken, womit, wenn sie mich ansah, Barbaras Auge umflort waren, und ließ mich heute zuweilen das Streiflicht eines freundlichen Blickes genießen. — Es war aber, als habe sich das Schicksal einmal vorgesetzt, mich dieser Jungfer gegenüber auf keinen grünen Zweig kommen zu lassen.

*

8.

Krampfstillende Tropfen.

In der Ecke des Ladens befand sich ein kleiner Schrank, zu dem Jungfer Barbara allein den Schlüssel hatte. Es wurden daselbst allerlei Sachen zum inneren Betrieb der Haushaltung verwahrt, als da sind Gläser mit eingemachten Kirschen, Gurken und dergleichen mehr. Auch hatte Jungfer Barbara in diesem Kasten eine große Flasche mit Arznei stehen, aus der sie verschiedenemale des Tages einen großen Eßlöffel voll nahm, indem sie behauptete, ohne dieses krampfstillende und blutberuhigende Mittel könnte sie bei der immerwährenden Aufregung, der sie in Küche und Laden ausgesetzt sei, unmöglich bestehen. Zuweilen, doch selten, ließ Jungfer Barbara den Schlüssel zu diesem Kasten stecken, und schließlich geschah auch eines Nachmittags, nachdem sie wegen ungeheurer Blutaufregung bereits mehrere Löffel voll genommen hatte. Wenn sie so am Tage öfters zu ihrem Schrank hinging, hatte ich immer bei mir gedacht, es sei doch unverantwortlich, eine Person mit so krankhaften Zuständen so allein in Küche und Keller umherwirtschaften zu lassen; ich hatte schon gefürchtet, es könnte ihr einmal etwas zustoßen, eine Schwäche und dergleichen, wo sie nicht gleich ihre krampfstillende Medizin bei der Hand hatte. Und so geschah es richtig am heutigen Nachmittage.

Jungfer Barbara war seit einiger Zeit nicht sichtbar gewesen, als wir plötzlich über unseren Häuptern im ersten Stock ein solch Gepolter hörten, daß selbst der ruhige gleichmütige Prinzipal in die Höhe schnute und befahl nachzusehen, was es oben gebe. Mir war nichts erwünschter; ich konnte doch einmal einen Blick in den berühmten ersten Stock werfen, weshalb ich eifig die Treppe hinaufsprang. Oben war eine Tür geöffnet, obgleich es eher heller Tag war, konnte ich anfangs im Zimmer, zu dem sie führte, nichts unterscheiden. Alle Fensterläden waren von außen geschlossen und von innen obendrein dichte Vorhänge heruntergelassen, so daß völlige Finsternis in diesem Zimmer des ersten Stockes herrschte. Endlich, nachdem sich meine Augen an die Dunkelheit etwas gewöhnt hatten, unterschied ich in einer Ecke des Zimmers ein Sofa, auf dem Jungfer Barbara mit geschlossenen Augen ruhte und nur zuweilen einige schwache Seufzer ausstieß. Rechts und links waren Türen halb geöffnet, die in andere ebenso dunkle Nebenzimmer führten. Ich weiß nicht, mir kam der Gedanke, Jungfer Barbara sei gestorben und liege hier auf dem Paradebett, und das war mir so unheimlich, daß ich wieder hinabstürzte, um den Prinzipal zu holen. Auf der Treppe rannte ich gegen Philipp, der auch den Lärm gehört hatte und der Jungfer Barbara zu Hilfe eilen wollte. Unten am Schreibpult saß der Prinzipal und addierte eine große Rechnung, wobei er die Zahlen wie gewöhnlich halblaut vor sich hinsprach: „Sechs und acht macht vierzehn und neun macht dreiundzwanzig —"

„Herr Reißmehl," sagte ich ihm, „Jungfer Barbara liegt auf dem Sofa und ist ohnmächtig geworden." — Er winkte mit der Hand stille zu sein. „Und sieben macht dreißig, und neun neununddreißig. — Bringen Sie ihr Wasser hinauf, ich werde gleich selbst nachsehen." Als ich mich umwandte, um mit einem Gefäß nach dem Brunnen zu eilen, sah ich, daß der Schlüssel am geschnitzten Schrank nicht abgezogen war, und um mich durch meine Umsicht bei Jungfer Barbara recht in Gunst zu setzen, öffnete ich, ergriff die Flasche mit der krampfstillenden Medizin und dem großen Löffel, und eilte damit die Treppe hinauf. Hinter mir hörte ich, wie der Prinzipal seinen alten knarrenden Kontorstuhl herumdrehte und mir langsam folgte.

Aber bei Jungfer Barbara hatte die Gegenwart Philipps bereits Wunder gewirkt; sie war aus ihrer Ohnmacht erwacht und saß in der Ecke des Sofas. Bei meinem Eintritt hörte ich, wie sie meinem Kollegen erzählte, sie habe im Zimmer etwas zu tun gehabt und als sie so dagestanden, sei ihr plötzlich vorgekommen, als gehe jemand bei ihr vorüber, darauf sei sie vor Schrecken vor dem Sofa zu Boden gesunken. Philipp hatte ein Fenster halb geöffnet, und als ich eintrat, folgte vom Prinzipal, hatte mich Jungfer Barbara mit der Flasche in der Hand nicht so bald erblickt, als sie mir zornig entgegensprang und fragte, was ich wolle.

So sanft und gefühlvoll als möglich entgegnete ich, da unten zufällig der Schrank unverschlossen gewesen sei, habe ich ihre Arznei, von der sie einigemale des Tages nehme, zu ihrer Stärkung mit herausgenommen. Hätte ich in diesem Augenblick hinter mich sehen können, so würde ich bemerkt haben, daß bei meinen Worten ein leises Lachen über die Züge des Prinzipals flog; aber was ich vor mir sah, war gar nicht zum Lachen. Jungfer Barbara hielt sich an der Sofaecke fest und schien im Zweifel zu sein, ob sie wieder in Ohnmacht fallen solle oder nicht; dabei sah ich zu meinem Schrecken, daß ihre Züge einen Ausdruck von Zorn annahmen, wie ich früher nie an ihr bemerkt.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180418-15/fragment/page=0005

***Auf die 8. Kriegsanleihe** sind bei der städtischen Sparkasse bis 16. April in 3471 Posten 12 590 300 Mark gezeichnet worden.

*** Für die Hallesche Frauenspende** geht uns noch folgender Aufruf zu: Woraus besteht sie? Die Frage ist schnell beantwortet. Jede Frau in Halle bringt eine ihren Verhältnissen angepaßte Gabe, schon Beträge von 50 Pf. werden dankbar entgegengenommen, an eine der nachgenannten Stellen. Dieser gesammelte Betrag wird in Kriegsanleihe umgesetzt, die Zinsen sollen der Halleschen Kriegsfürsorge dienen. Also kommt die Spende Staat und Stadt zugute. Und da willst du nationale Mitbürgerin noch zögern, das kleine Opfer zu bringen, den kleinen Weg nicht zu scheuen, um in geringer Weise deinen Dank denen zu zeigen, die Familie und Beruf verlassen mußten und Leben und Gesundheit täglich, stündlich deiner Sicherheit halber in Gefahr bringen? Treibt dich dein Herz nicht, so laß dein Gewissen sprechen und bringe, ehe es zu spät ist, eine Gabe! Wohin? an eine der nachfolgenden Stellen: Städtische und Saalkreissparkasse mit Nebenstellen, Bureau des Hausfrauenbundes, Gr. Steinstraße 16 und Rathausstraße 17, Bureau des Nationalen Frauendienstes, Burgstraße 45, Bankhäuser: Frenkel & Poetsch, Haehengier, Kulisch, Kaempf & Co., Lehmann, Peckelt & Raake, Rosenberg, Schaufell, Schönlicht, Steckner, Darmstädter Bank, Landschaftliche Bank, Mitteldeutsche Privatbank, C. H. Fischer.

*** Eine Reichswohnungszählung** ist, wie die München-Augsburger Abendzeitung erfährt, in Vorbereitung. Sie wird demnächst vom Bundesrat beschlossen werden. Es handelt sich darum, zuverlässige Unterlagen über den Stand der Wohnungsverhältnisse im ganzen Reiche zu erhalten, um dann an der Hand dieses Materials helfend eingreifen zu können, wo es notwendig ist.

*** Zusammenschluß der mitteldeutschen Ziegeleien.** Ein Mitteldeutscher Ziegelbund wurde dieser Tage in einer hier abgehaltenen Versammlung gegründet, zu der viele Firmen aus dem Gebiet der Section 7 der Ziegeleiberufsgenossenschaft, in der Hauptsache umfassend die Provinz Sachsen, Anhalt und die thüringischen Staaten, vertreten waren. Der Ziegelbund soll lediglich die Interessen dieser Sektionsbezirke zusammenfassen, wobei erwähnt sei, daß in allen Sektionsbezirken ein gleicher Zusammenschluß der Ziegeleibesitzer erstrebt wird. Als Vorsitzender des Mitteldeutschen Ziegelbundes wurde Kommerzienrat Paul Friedrichs, Gotha, gewählt. 250 Firmen haben bereits ihren Beitritt erklärt. Der Vorstand wurde beauftragt, bei den Kriegsministerien ein Entgegenkommen in der Preisfrage und in der Kohlenlieferung zu erwirken.

*** Ausgabe der Bezugsberechtigungen für Baumwollnußbinden.** In den städtischen Markenausgabestellen werden vom Donnerstag, dem 18. bis Sonnabend, dem 20. April die Bezugsberechtigungen für Nähgarne an diejenigen Personen und Betriebe ausgegeben, die **Nähgarne gewerbsmäßig verarbeiten** und ihre Anmeldungen vorschriftsmäßig nach der Bekanntmachung vom 18. März bewirkt haben. Die Ausgabe erfolgt nur gegen Vorlage einer Legitimation. Die Bezugsberechtigungen sind zum Zwecke des Bezugs der zugewiesenen Menge ohne Verzug einem zum Verkauf von Nähgarn zugelassenen Händler abzugeben. Die Händler haben die bei ihnen abgegebenen Bezugsberechtigungen mit ihrem Firmenstempel versehen, umgehend der Bezirksstelle 5 in Magdeburg, Breite Weg 155, zu übersenden. Die Weiterung der bestellten Ware erfolgt nur bis 30. April.

*** Ihre Hoheit die Schuhverkäuferin.** Der hiesige Magistrat hat kürzlich dagegen losgelegt, daß die Verkäuferinnen in den Ladengeschäften von einem Teil der Käufer durch Geschenke zur bevorzugten Abgabe von Waren bewogen werden, woraus sich ein neuer, regelrechter Handelsusus gebildet habe. Aber er kann mit den Halleschen Zuständen noch zufrieden sein. In Dresden, so berichtet die Leipziger Schuh- und Lederzeitung, hat sich der entsprechende Verkehr beispielsweise im Schuhhandel folgendermaßen entwickelt: „Die Schuhwarenverkäuferinnen sind heute die umschwärmtesten Personen. Weder der Reiche noch der Vornehme scheut sich heute, mit der Schuhwarenverkäuferin sich auf freundschaftlichen Fuß zu stellen. Die „Dame der Gesellschaft", der „Herr Bankier" und selbstverständlich der Kriegsgewinnler sucht geradezu die Freundschaft der früher über die Achsel angesehenen Schuhwarenverkäuferin. Was Wunder, wenn heute die Verkäuferin der so sehr begehrten Fußbekleidungsgegenstände erklärt, sie habe es noch nie so gut gehabt, als jetzt im Krieg! Und in der Tat werden diese früher meist schlecht entlohnten Verkäuferinnen von dem reichen Publikum in geradezu unglaublicher Weise verhätschelt und verwöhnt. Sie werden mit kostbaren Gegenständen, mit teuren seidenen Blusen, mit Eßwaren, die der gewöhnliche Sterbliche heute weder erhält noch bezahlen kann, mit Brillanten, Weinen, Likören geradezu überschüttet, und die Wohnung mancher Verkäuferin gleicht im Innern einem kleinen Warenhaus. Folgende Episoden aus einem Dresdner Schuhwarenhaus werden uns von einer der dort beschäftigten ersten Verkäuferinnen als verbürgt mitgeteilt: Die Frau eines Sanatoriumsbesitzers aus der Dresdner Nähe kommt ins Geschäft. Sie unterbreitet zunächst der Verkäuferin eine kostbare seidene Bluse und bringt dann noch eine delikate Zervelatwurst zum Vorschein. Die Verkäuferin kennt ihre Leute. Bluse und Wurst verschwinden, und die Geberin gelangt in den Besitz der gewünschten Lackschuhe. Ein Weinhändler vom Rhein scheut die weite Reise nach Dresden nicht. Er hat früher seinen Schuhbedarf schon in Dresden gedeckt und seine Erwartung, auch jetzt bei der herrschenden Knappheit noch hier versorgt zu werden, soll nicht getäuscht werden. Die Verkäuferin ist zwar anfangs zurückhaltend, aber ein Präsent von 25 Flaschen Rheinwein tut auch hier seine Schuldigkeit. Am Fernsprecher im Schuhgeschäft wird die Verkäuferin verlangt. Frau Kommerzienrat B., die am Tage zuvor auf das „auimerksamste" bedient worden ist, hat bereits der Verkäuferin einige Stück Butter und andre Seltenheiten zukommen lassen. Sie hat natürlich ihre Wünsche in bezug auf neue Schuhe erfüllt bekommen. Sie will noch ein übriges tun und bietet der Verkäuferin ihre Loge im 1. Rang in der Hofoper an. Die Verkäuferin lehnt aber dankend ab, denn sie ist bereits von der Familie des Fabrikdirektors D. für den Abend in den „Englischen Garten" geladen worden, um an einem „einfachen" Abendessen teilzunehmen, denn sie konnte „zufällig" die Wünsche der reichen Familie in bezug auf Frühjahrsschuhe erfüllen."

*** Zur Beschränkung des Teppichklopfens** ist für den Stadtkreis Halle mit Zustimmung des Magistrats folgende Polizeiverordnung erlassen worden: Auf Höfen, Hofgärten und offenen Balkonen, die an Wohngebäude grenzen, dürfen Teppiche, Läufer, Decken, Betten, Kissen, Polstermöbel und dergleichen Gegenstände nur am Freitag und Sonnabend von 8 bis 12 Uhr vormittags und Sonnabend von 4 bis 6 Uhr nachmittags geklopft werden. In der Woche vor den großen Festen ist das Klopfen an den drei den ersten Feiertage vorausgehenden Werktagen von 8 bis 12 Uhr vormittags und 4 bis 6 Uhr nachmittags gestattet. Ausnahmen von dieser Vorschrift sind mit polizeilicher Erlaubnis zulässig. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 30 M., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

***Zum Jugendlichen-Verbot.** Auf Grund der Verordnung des stellvertretenden Kommandierenden Generals vom 15. Februar 1916 wird in Abänderung der polizeilichen Bekanntmachung vom 10. April 1918 angeordnet, daß den jugendlichen Personen unter 17 Jahren (nicht bis zu 18 Jahren, wie ursprünglich bekanntgegeben) in der Zeit vom 15. April bis 15. September 1918 der zwecklose Aufenthalt auf Straßen und Plätzen von abends 10 bis morgens 5 Uhr verboten ist.

*** Polizeliche Geschäftsschließung.** Der Handelsfrau Bertha Pflug, geb. Block, Anhalter Straße 3, ist auf Grund der Verordnung vom 23. September 1915 über die Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel die weitere Ausübung ihres Handels vom 16. April 1918 an untersagt worden.

*** Das Tragen ungeschützter Hutnadeln** ist bekanntlich durch Polizeiverordnung verboten. Zuwiderhandlungen sind unter Strafe gestellt. Aber trotz wiederholter amtlicher Hinweise in den Zeitungen wird fortgesetzt von der Frauenwelt gegen diese Bestimmung verstoßen. Diese Unsitte macht sich besonders in den Straßenbahnwagen bemerkbar; hier kommen durch ungeschützte Hutnadeln mitsitzende Personen leicht erheblich verletzt werden. Die Polizeiverwaltung warnt deshalb nochmals vor Uebertretungen der Verordnung. Die Exekutivbeamten sind angewiesen, in Zukunft unnachsichtlich Verstöße zur Anzeige zu bringen. Bestrafungen werden in jedem Uebertretungsfalle erfolgen. In den Straßenbahnwagen werden Beamte besonders scharfe Kontrolle üben.

*** Bei einem Viktualienhändler** wurde gelegentlich einer Durchsuchung unter anderm 1 Sack Rotkleesamen, etwa 1 Zentner, vorgefunden und beschlagnahmt. Der Kleesamen rührt vermutlich aus einem Diebstahl her. Der Eigentümer oder Personen, die über die Herkunft des Kleesamens Angaben machen können, werden ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 71, zu stellen.

*** Diebstahl bei Wäsche und Bekleidungsgegenständen.** Während der Zeit vom 10. bis 13. März, so teilt uns jetzt erst die Polizei mit, wurden aus einer Privatwohnung nachstehende Gegenstände gestohlen: 1 Paar Herrenschnürstiefel; 1 Gehrock und Weste; 1 Frack, 2 Westen; 1 Gürtelweste; 1 Herren-Lodenumhang; 1 Herrenulster; 1 Herrenjacke; 6 Bettbezüge; 4 Paar Herren-Glacehandschuhe; 1 Reisemütze; 2 Kragenschoner; 4 Schlipse; 1 Paar Damenknopfstiefel; 1 Paar Damen-Halbschnürschuhe; 1 Damenkleid; 1 Damenmorgenrock; 1 Bettkleid; 1 halbseitiges Unterkleid; 7 Unterröcke; 8 Küchenschürzen; 6 Trägerschürzen; 9 Teeschürzen; 9 Mädchenschürzen; 2 Paar Damenhandschuhe; 1 Spitzenkragen; 1 Damenbademütze; 2 Nachtjacken; 3 Frisierjacken; 6 Untertaillen; 5 Damennachthemden; 7 Damentagbemden; 5 Damen-Beinkleider; 42 Taschentücher; 12 Paar Damenstrümpfe; 5 weiße Frottierhandtücher; 3 Plättbrettbezüge; 12 Handtücher; 10 Küchenhandtücher; 9 Herren-Trikotunterhemden; 7 Herrenunterhosen; 8 Dutzend Oberhemden; 3 Herren-Nachthemden; 18 Paar Herrensocken; 12 Paar Manschetten; 6 Herrenstehkragen; 2 Moltontischunterlagen; 1 Bluse; 2 Steppdecken; 1 Handtasche; 2 Meter Künstlerseide; 1 Reiher; 1 Straußfeder; 1 Pleureuse; 2 Stück Einfarb; 1 Kleiderbürste; 1 Toilettenspiegel; 1 Kammgarnitur; 1 Haarbürste. Der Bestohlene setzt auf die Ermittelung des Täters eine Belohnung von 100 M. aus. Wer Angaben über die Person des Täters und zur Verbleib der Gegenstände machen kann, wird ersucht, der Kriminalabteilung (Drehhoupttstr. 4, Zimmer 71 oder 73) Mitteilung zu machen.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Heute Donnerstag „Tiefland". Am Freitag gelangt unter der Spielleitung von Max Monato Gerhart Hauptmanns Bühnendichtung „Fannele" in der bereits bekanntgegebenen Besetzung zur Erstaufführung. Am Sonnabend nachmittag 3½ Uhr wird als Sondervorstellung für die Zeichner der 8. Kriegsanleihe „Das Dreimäderlhaus" gegeben, abends 7½ Uhr „Das Kätchen von Heilbronn". Sonntag nachmittag Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen „Die Förster-Christl". Sonntag abend 7 Uhr „Tannhäuser".

Aus der Provinz.

Es lebe die „Organisation"!

In einer Lippstädter Zeitung erschien kurz vor Ostern das beifolgende Inserat:

Ostermontag nachmittags 4 Uhr gelangen im Auftrag der J. E. G. im Weinzelt des Bürgerschützenplatzes die in den letzten Tagen im Kreise Lippstadt beschlagnahmten Mengen Eier, Speck, Butter usw. an die städtische Bevölkerung nach Maßgabe der Anzahl der Familienmitglieder zur Gratisverteilung. Im Anschluß Verlosung der etwa übrigbleibenden Waren Kinderspiele, Volksbelustigungen auf dem Schützenplatz. (!)

Lebensmittelkartenhüllen sind mitzubringen.

Hierzu teilt das Blatt im redaktionellen Teile noch mit, daß in den letzten Tagen den von auswärts gekommenen Schleichhändlern nicht weniger als 23 000 Eier und große Mengen Speck, Butter usw. abgenommen worden seien.

Das Berliner Tageblatt bemerkt sehr treffend zu diesem neusten Schildbürgerstreich: Rationierte Waren zur Gratisverteilung in einem Ueberschußbezirk zu bringen, das ist ein Verfahren, das der beschränkte Untertanenverstand nicht begreifen kann. Sollte es der Zentraleinkaufsgesellschaft nicht bekannt sein, daß es Eier in vielen Großstädten kaum oder nur in ganz geringen Mengen gibt, so daß jede Sonderzuweisung dort mit Freuden begrüßt werden würde? Wäre es im übrigen nicht Aufgabe der zuständigen Behörden und der Landräte, sich darüber zu unterrichten, wie es nur kommen konnte, daß die Erzeuger die Lebensmittel in so großem Umfang abzugeben vermochten, ohne daß sie von der Rationierung erfaßt wurden?

Merseburg. Ausgabe von Lebensmitteln. Für die Zeit vom 21. April bis 27. April werden auch der Kopf der Bevölkerung zugeteilt: 50 Gramm Erbsen zum Preise von 4 Pf. auf Bezugsschein Nr. 5, 75 Gramm Suppen zum Preise von 30 Pf. auf Bezugsschein Nr. 6, 250 Gramm Marmelade zum Preise von 46 Pf. auf Bezugsschein Nr. 7, 75 Gramm Stinte oder Brieslinge zum Preise von 15 Pf. auf Bezugsschein Nr. 8. Der Verkauf erfolgt von Donnerstag, den 25. April bis Sonnabend, 27. April.

— Tödlich verunglückt ist in den Leunawerken der 22 Jahre alte Sohn der Witwe Hermine Marschall in Bothenheilingen (Kreis Langensalza). Der junge Mann war als gelernter Schlosser für Kriegsarbeit reklamiert. Er hatte vorher als Schütze längere Zeit hart am Feind gestanden. Der unerwartete Tod des jungen Mannes ist um so tragischer, als auch sein Vater und dessen Bruder durch Unglücksfälle ums Leben gekommen sind.

Naumburg. Die Einführung von Milchkarten wird jetzt durch den Magistrat bekanntgegeben. Danach darf Vollmilch (Kuhmilch) nur gegen Milchmarken oder Milchbezugsscheine der Stadt Naumburg abgegeben und entnommen werden. Erzeugnisse, die ganz oder vorzugsweise aus Vollmilch hergestellt werden (Dauermilch und Dauersahne jeder Art, Joghurt, Kefir, Laufen und ähnliche Erzeugnisse), dürfen nur gegen besondere Marken der Stadt Naumburg abgegeben und entnommen werden. Diese Vorschriften gelten auch für ausländische Vollmilch und Vollmilcherzeugnisse. Für die vollmilcherversorgungsberechtigten Personen werden in der Markenhauptausgabestelle Milchkarten ausgegeben. Die Milchkarten werden längstens auf 4 Wochen ausgestellt. Es erhalten, soweit die dazu erforderliche Milchmenge zur Verfügung steht: Kinder im 1. und 2. Lebensjahre, soweit sie nicht gestillt werden, Milchkarten über höchstens 1 Liter Milch täglich; stillende Frauen Milchkarten über höchstens 1 Liter Milch täglich auf jeden Säugling; Kinder im 3. und 4. Lebensjahre Milchkarten über höchstens ¾ Liter täglich; schwangere Frauen, in den letzten 8 Monaten vor der Entbindung Milchkarten über höchstens ¾ Liter täglich; Kinder im 5. und 6. Lebensjahre Milchkarten über höchstens ½ Liter täglich; Kranke Milchkarten über ¾ bis 1 Liter Milch täglich. An Stelle der Milchkarten werden in geeigneten Fällen Marken für den Bezug von Erzeugnissen aus Vollmilch ausgegeben. Die Milchkarteninhaber haben ihren Bedarf an Vollmilch innerhalb des Tage vor Beginn des Bezuges unter Vorzeigung der Milchkarte und Angabe ihres Namens und ihrer Wohnung bei dem Milchwirtschaftsbesitzer oder Milchhändler anzumelden, von dem sie die Milch zu beziehen wünschen.

Zeitz. Unter dem unsinnigen Namen „Rasa", herrührend von Zeitzer Abfall-Sammelungs-Ausschuß, ist auf dem Grundstück Steinsgraben 22 eine Sammelstelle errichtet worden. Ihr Zweck besteht in der Erfassung aller für den Heeresbedarf und die Landwirtschaft wichtigen Roh- und Abfallstoffe, wie Aepfel- und Birnenschalen, Bindfaden und Tauenden, Blumenköpfe (ohne Sprünge), Brennnesseln, Eierschalen, Eicheln, Erbsenschalen, Fischgräten, Flaschen in sauberem Zustande (Wein-, Sekt-, Brunnen-, ärztliche Milch-, Arzneiflaschen), Glasscherben, Glühbirnen, alle Grammophonplatten, Gummiabfälle, Frauenhaar, Kaffeesatz (trocken), Kastanien, Konservendosen von Weißblech, Knochen, Korke und Korkstücke, Küchenabfälle und Kartoffelschalen (ohne Fremdkörper), Lumpen, Metalle aller Art, Papier, Obstkerne, Roßhaar, Weißdornfrüchte, Zigarrenabschnitte. Damit soll die bisherige Sammeltätigkeit auf eine breitere Grundlage gestellt und weiter ausgebaut werden. Auch ferner werden Schülerinnen und Schüler unter Leitung ihrer Lehrerschaft die Sammeltätigkeit übernehmen, und eine Anzahl junger Damen hat sich als freiwillige Helferinnen dem Unternehmen zur Verfügung gestellt. An die Zeitzer Bürgerschaft ergeht die Bitte, daheim Umschau zu halten, Entbehrliches für die Abholung bereitzustellen und es den Sammlern auszuhändigen. Alle Kinder, die etwas bringen, erhalten zur Belohnung ihres Sammeleifers Gutscheine, für die sie nützliche Gegenstände eintauschen können, wie Schulhefte, Märchenbücher, Bleistifte, Federhalter, Schreibfedern, Spielsachen, Schmucksachen, Bonbons usw.

Bitterfeld. Zur Behebung der Wohnungsnot beabsichtigt auch die Siedlungsgesellschaft „Sachsenland" hier Kleinwohnungs-Siedlungen zu erbauen. Die Ausführungsart für die einzelnen Bauten sind ausgearbeitet und werden demnächst hier in Schaufensterauslagen ausgestellt werden. Es soll ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß dies halbländliche Siedlungen sind, die mit etwa 1000 Quadratmeter Gartenland errichtet werden sollen. Eine solche Siedlung wird zweckmäßig etwas abseits von dem bebauten Stadtgelände angelegt und kommt nur für Eigenheime in Frage. Sie ist also keine Konkurrenz zu dem Kleinwohnungsbauverein Halle, da dieser innerhalb des näheren Stadtgebietes Gebäude als Eigen- und Mietshäuser und mit einer Gartenfläche von nur 200 bis 400 Quadratmeter herstellt. Solche Rentengutssiedlung, wie die der Sachsenland, umfaßt Grundstücke mit ½ Morgen Größe, jedes Gebäude liegt für sich in seinem Garten und weist eine einfache freundliche Bauweise auf. Eine Anzahlung von ein Zehntel genügt, das Restkapital wird bei billigem Zinssatz, nach dem preußischen Rentengutsgesetz in Rentenform allmählich getilgt. Bei allen an das Stadtbauamt zu richtenden Anträgen für Wohnungsbau empfiehlt es sich, daß die Interessenten künftig angeben, ob eine halbländliche Siedlung entsprechend den Bedingungen der Sachsenlandgesellschaft oder eine solche nach dem Grundsatze des Halleschen Bauvereins wünschen.

Bitterfeld. Bestrafte jugendliche Diebe. Der noch nicht 16jährige frühere Hilfspostillon und jetzige Arbeiter Hermann H. in Bitterfeld war seit 1. Oktober 1917 in der Postsatterei daselbst beschäftigt und hatte die Ueberführung der Paketpost vom Bahnhofe nach der Post zu besorgen. Seit Dezember hat er eingestandenermaßen in einer ganzen Reihe von Fällen Postpakete um zahlreiche Sachen erleichtert: Lederriemen, Pelztragen, Butter, Brot, Zigaretten, Zigarillos, Seife, Tabak, Schlackwurst hatte er den seiner Obhut anvertrauten Postpaketen entnommen, doch sind alle Pakete seiner Angabe nach beschädigt gewesen, wodurch die Wegnahme der Sachen erleichtert wurde. Die Strafkammer in Halle verurteilte ihn jetzt zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten. — Der noch nicht 17jährige Arbeiter Karl Z. in Bitterfeld hatte bei seinem Vater nach Einsteigen einen Koffer mit einem Beile geöffnet und daraus 500 M. entwendet; im Bürgergarten hatte er dann den gleichaltrigen Arbeiter Friedrich E. getroffen und diesem 50 M. gegeben, wogegen er dessen Uhr zum Pfande erhielt. E. stahl dem Z. aber noch 11 M. und gab davon 2 M. dem im gleichen Alter stehenden Arbeiter Wilhelm St. Das jugendliche Kleeblatt fuhr dann nach Halle und wollte von hier aus eine kleine Harzreise unternehmen, die sie zunächst nach Wernigerode führte, wo sie in der „Grünen Tanne" wohnten. Reisemarschall wurde E., der auch die Triebfeder der ganzen Sache gewesen zu sein scheint und dem Z. sein ganzes Geld aushändigte, — wie E. angab, seien es nur 274 M. gewesen. — In Wernigerode haben sie zunächst einmal drei Tage ordentlich gegessen, sie wollten dann noch nach dem Brocken, aber E. schwindelte seinen beiden Reisegefährten, die sich entfernt hatten, vor, Z.s Vater sei gekommen, und er (E.) habe diesem das Geld ausgeliefert. E. hatte dem Z. noch drei Mark gegeben, damit er nach Hause fahren konnte. — Z. erhielt wegen schweren Diebstahls 4 Monate Gefängnis, wovon 2 Monate der Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet wurden. E. als die treibende Kraft erhielt wegen einfachen Diebstahls und Hehlerei 8 Monate Gefängnis, St. wegen Hehlerei 2 Wochen Gefängnis.

Weißen. In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde der für 1918/19 aufgestellte Haushaltplan in Einnahme und Ausgabe mit 127 868 M. genehmigt. An Rücklagen sind eingestellt 10 000 M. für einen Schulhausanbau, 10 000 M. zur Herstellung von Straßen, 5000 M. zur Erbauung eines Armenhauses und 5000 M. zur Erbauung einer Friedhofsmauer. An Gemeindesteuern sollen 100 v. H. der Staatseinkommensteuer erhoben werden.

Wittenberg. Von der Elbschiffahrt wird berichtet, daß die Braunkohlenverladungen aus Böhmen weiterhin schwach bleiben und Aenderungen in den Grundfrachten dafür sich nicht ergeben haben. Auch der Verkehr von und nach den sächsischen Häfen ist mittleren Umfanges. Das Raumangebot deckt bei weitem die Nachfrage. Im Bergverkehr von Hamburg haben sich Aenderungen nicht ergeben. Die Frachten sind, wie zuletzt, für Massengut nach Magdeburg 63 Pf., Dresden 104 Pf., böhmische Plätze 112 bis 115 Pf. für 100 Kilogramm. Für Kohlen nach Berlin wurden 60 Pf. für 100 Kilogramm gezahlt. Auf dem Elbe-Trave-Kanal hat sich eine kurze Sperre des Durchgangsverkehrs wegen einer Reparatur an der Wilhener Schleuse notwendig gemacht; dieselbe ist wieder behoben.

Eisleben. Die öffentlichen Impfungen der Erstimpflinge im hiesigen Stadtbezirk für das Jahr 1918 werden am 1., 8. und 15. Mai, nachmittags 2 Uhr in dem Lehrer-Zimmer der Mittelschule auf dem Schulplatze Nr. 1 durch den Impfarzt Herrn Kreisarzt Dr. med. Rauch stattfinden. Die Eltern oder Pflegeeltern erhalten zur Vorstellung der Impflinge besondere Vorladung, auf der der Tag und die Stunde der Impfung sowie der Tag und die Stunde der Nachschau angegeben ist. Die Vorstellung der Kinder darf nur in der Regel an den auf der Vorladung angegebenen Zeitpunkten stattfinden, in besonderen Fällen können Ausnahmen gestattet werden. Die Vorladung ist bei der Impfung vorzulegen.

Eingegangene Schriften.

Geschichtliche Tat. Blätter aus den Schriften und Briefen von Karl Marx. Zu Karl Marx' hundertstem Geburtstage wird ein Buch erscheinen, das den Bahnbrecher des Sozialismus in den Augenblicken höchster geistiger, kämpferischer Kraft durch sein eigenes Wort verlebendigt. Marx war ein Meister der Zergliederung und ein Baumeister zugleich, der die Kunst mächtigen Zusammenfassens besaß. Er schaute auch nach einem Werden auf höherer Stufenleiter, drang tief in die unendliche Fülle der Bewegung ein, die in Einzelleben und Lebenszeiten geschichtlich am Werke ist und stand für seine Zeit selbst im Brennpunkt opferreicher Kämpfe. Was seine Arbeit gewesen ist, wächst heute in immer neuen Buchbänden, zum Teil aus Verschollenem zu einem zweiten Wirkungsdasein heran; reiche Briefsammlungen haben sein Ringen, seine Art, den Weg seines Schaffens greifbar erschlossen. All das in seinen Höhepunkten zu erfassen und auszubrühen, ist der Zweck des von Franz Diedrich gestalteten Buches, was wir dem Marx-Gedenktage widmen. Die Macht unseres Vorkämpfers, den Inhalt langer Gedankenreihen abschließend, wie von Gipfeln aus zu überschauen und darzustellen, seine Macht in kurzem Worte, Erwägungen, Tatsachen, Menschen blitzschnell zu enthüllen, zu kennzeichnen, ermöglichte solch ein Buch. Ueberall in den großen Werken des Forschers, in den Flugschriften, Zeitungsaufsätzen, Programmkundgebungen, Beschlußformeln des Politikers, in den Briefen an die mitkämpfenden Freunde, leuchten viele Sterne des Denkens und Wissens auf. Ein weltumfassender Geist lebt schirfend und sechtend sich darin aus, ein Geist, der nebelnde Wirrnisse auflöste, festen Boden unter die Füße brachte und zäh für sein Erkanntes stritt. Dieses Wesen des Mannes, der den Entwicklungsgang der Gesellschaft ursächlich freilegte, soll unser Buch bezeugen. Ein Persönlichkeitsbild, das seine eigenen Worte vermittelt. Geschichtsauffassung, Linien der Gesamtgeschichte, einzelne Geschichtszeiten, geschilderte Charaktere, ökonomische Grundlehren, Klassenkampf-Fundament, Politik der Arbeiterklassen — in zahlreichen Gruppen gefügt, soll das Buch dokumentarisch vergegenwärtigen, was Marx uns ebdeutet. Wir sollen immer Brücken suchen, ihm nahe zu kommen, ihn ohne Enge zu gewinnen, ihm nahe zu bleiben. Er will auf immer neuen Wegen erobert werden und dieses Buch will ein neuer Weg sein.

Das Buch erscheint Ende April im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180418-15/fragment/page=0006